©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

DIE SCHÜSSE VON SCHATTENDORF 1927 IM SPIEGELBILD DER BURGENLÄNDISCHEN PRESSE *

Pia Bayer

In der Ortschaft Schattendorf sind am 30. Jänner 1927 bei einem Zusammenstoß zwischen Frontkämpfern und dem Republikanischen Schutzbund zwei Menschen ums Leben gekommen. Der zu dieser Zeit etwa 2000 Einwohner umfassende burgenländische Grenzort wurde damit zum Schauplatz eines Ereignisses, das im weiteren Verlauf der Entwicklungen in Wien zu groß angelegten Protestdemonstrationen und schließlich zum Justizpalastbrand am 15. Juli 1927 führte. Schattendorf steht als Synonym für zwei unschuldige Todesopfer – ein Kind und ein Kriegsinvalide – für ein gerichtliches Fehlurteil und der sich anschließenden Radikalisierung der gesamten österreichischen Innenpolitik.

Das burgenländische Pressewesen

Das burgenländische Pressewesen zur Zeit der Ersten Republik wies die Besonderheit auf, dass es keine im Burgenland erscheinende Tageszeitung gab. Die burgenländischen Zeitungen waren fast ausschließlich Wochenblätter, die zumeist am Wochenende erschienen.
Aus der Zeit der Monarchie stammten nur zwei Zeitungen: die „Oberwarther Sonntags-Zeitung" (seit 1879) und die „Güssinger Zeitung" (seit 1911). Während der ersten Jahre des neu entstandenen Bundeslandes wurden neun Wochenzeitungen ins Leben gerufen, von denen sich längerfristig allerdings nur die Parteizeitungen bzw. Parteien nahe stehende Zeitungen halten konnten, alle anderen Blätter mussten ihr Erscheinen bereits nach kurzer Zeit wieder einstellen. Die Gesamtauflage der burgenländischen Wochenzeitungen zwischen 1923–1933 kann auf etwa 35.000 Exemplare geschätzt werden.[1]

Zur Betrachtung der Schattendorfer Ereignisse im Spiegelbild der burgenländischen Presse wurden vier Wochenblätter herangezogen: die „Burgenländische Freiheit", das Parteiorgan der Sozialdemokratischen Partei, die „Bur-

* Erweiterte Fassung des Artikels „Die Schüsse von Schattendorf 1927 im Spiegelbild der burgenländischen Presse", in: 1927 - Als die Republik brannte. Von Schattendorf bis Wien, herausgegeben von Norbert Leser und Paul Sailer-Wlasits, Wien 2002. vgl. V. Bauer, Die deutschsprachige Presse, S. 11f.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

genländische Heimat", offizielles Sprachrohr der Christlichsozialen Partei, der „Freie Burgenländer", zwar als „unabhängige" Zeitung tituliert, war aber von großdeutschem Gedankengut geprägt und die „Oberwarther Sonntags-Zeitung" als unabhängiges Pendant zu den Parteizeitungen.
Die Gründung des Wochenblattes „Burgenländische Freiheit Sozialdemokratisches Landesorgan" ging auf einen Antrag Ludwig Lesers auf einer Landeskonferenz im September 1921 zurück. Die erste Ausgabe erschien am 19. November 1921. Vor allem aufgrund von Finanzierungsproblemen erschien die Zeitung bis Mitte April 1922 unregelmäßig, oft nur als zweiblättrige Beilage des niederösterreichischen Parteiorgans „Gleichheit". Ab 14. April 1922 erschien das Blatt wieder regelmäßig, wenn vorerst auch nur in zweiwöchigem Intervall. Als Parteiorgan war die „Burgenländische Freiheit" in erster Linie als Kampfblatt für die sozialdemokratischen Funktionäre gedacht. Interessanterweise wurden auch internationale Berichte gebracht soweit sie in Zusammenhang mit der Sozialdemokratie standen. Von Jänner 1925 bis März 1927 war Hans Bögl der verantwortliche Redakteur dieses Wochenblattes.
1934 wurde mit dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei auch die „Burgenländische Freiheit" eingestellt.
Dem Christlichsozialen Lager standen ab 1922 als publizistische Organe das Blatt „Der Burgenländer - Das Organ des Christlichburgenländischen Bauernbundes" sowie das Zentralorgan der Partei, das „Burgenländische Volksblatt" zur Verfügung. 1923 wurden beide Blätter unter dem Titel „Burgenländische Heimat", ab 1. Jänner 1926 mit dem Untertitel „Wochenblatt für das christliche Volk" zusammengefasst. Im Juni 1934 ging das Wochenblatt ins Eigentum des katholischen Pressvereins über.[2]
„Der Freie Burgenländer" war untrennbar mit der Person des Hans Ambroschitz verbunden. Ambroschitz, der innerhalb des „Ödenburger Heimatdienstes" die Abteilung „Presse und Propaganda" leitete, gab ab Mitte November 1921 den „Freien Burgenländer" – zunächst noch mit dem Untertitel „Mitteilungen des Ödenburger Heimatdienstes", ab Feber 1922 als „Unabhängiges Blatt für das Burgenland" – heraus. Wenn auch die Verbreitung dieses Wochenblattes im Ödenburger Abstimmungsgebiet selbst aufgrund der politischen Umstände nur spärlich war, repräsentierte diese Zeitung im übrigen Burgenland aber eine der ersten Gegenstimmen gegen die bisherige Dominanz der ungarischen Presse und Propaganda. Obwohl als „unabhängige" Zeitung tituliert, stand sie – vor allem durch die Person des Hans Ambroschitz – der Großdeutschen Partei nah, galt aber trotzdem als durchaus kritisch, sehr gut informiert und wurde auch häufig von Politikern anderer Couleur gelesen.[3]

---

2 ebd. S. 33f.
vgl. Schlag, Aus Trümmern geboren, S. 468

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

In finanzielle Schwierigkeiten geraten, wurde der „Freie Burgenländer" 1930 vom Landbund übernommen – ein Schritt, den Hans Ambroschitz nicht mitmachen wollte und daraufhin die Redaktion verließ. Ende Mai 1934 musste auch der „Freie Burgenländer" sein Erscheinen einstellen.
Obwohl die Herausgabe einer deutschsprachigen Zeitung in Westungarn nach 1867 nicht gerne gesehen wurde, gelang in Oberwart das Vorhaben und nach der Herausgabe einer „Probenummer" am 1. Dezember 1879 zeigte sich ein so reges Interesse an Abonnements, dass ab 1. Jänner 1880 die „Oberwarther Sonntags-Zeitung" regelmäßig erscheinen konnte. Die Zeitung trug den Untertitel „Nichtpolitisches Wochenblatt für das gesamte Volksinteresse" Als Mitarbeiter fungierten vor allem Lehrer aus dem Bezirk Oberwart, die das Erscheinen einer Zeitung als großen kulturellen Fortschritt sahen.
Im 1. Weltkrieg, der das Problem von nur spärlich einlangenden Nachrichten mit sich brachte, sank die Auflage auf 2000 Exemplare. Bald nach Kriegsende stieg die Auflage wieder auf bis zu 5000 Stück. Während der Zeit der Räterepublik in Ungarn wurde das Blatt als kommunistische Zeitung geführt, die Kontrolle wurde von einem Sowjetkommissär ausgeübt. Obwohl Ludwig Reiß, seit 1911 Eigentümer der Zeitung, von 1923–1927 selbst christlichsozialer Mandatar des Burgenländischen Landtages war, zeichnete sich das Blatt durch einen ausgesprochen unpolitischen Ton aus. Tagespolitik wurde kaum erwähnt. Schwerpunkt der Berichterstattung bildeten die Ereignisse des Oberwarter Bezirkes. Die „Oberwarther Sonntags-Zeitung" war die einzige der hier genannten Zeitungen des Burgenlandes, die auch während der NS-Zeit erschien.[4]

Beschäftigt man sich mit Zeitungen aus der damaligen Zeit, muss darauf hingewiesen werden, dass Zeitungen einen gänzlich anderen, weit höheren Stellenwert hatten als in der heutigen Telekommunikations- und Informationsgesellschaft. Die Zeitung war das wichtigste Informationsmedium. Fernsehen, Teletext, Telefax, E-mails und so weiter gab es nicht, der Besitz eines Telefons oder eines Radios setzte bestimmte finanzielle und infrastrukturelle Verhältnisse voraus und auch das Kino war, gerade im ländlichen Bereich, nicht jedermann zugänglich. Somit lag die Vermittlung von Informationen, von Daten und Ereignissen zum größten Teil in den Händen der Zeitungen und die Redakteure und Herausgeber waren sich dieser Machtposition durchaus bewusst. Ein Umstand, der sich in zum Teil verantwortungslosem Umgang mit der Sprache widerspiegelt. Während sich die meisten heute erscheinenden Zeitungen – auch die Parteiblätter – eines eher moderaten Schreibstils bedienen, war die Sprache von damals, vor allem was die Parteiorgane betraf, kämpferisch und teilweise sogar aggressiv. In

[4] ebd. S. 119ff.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

einer Zeit politischer, wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit, die geprägt war von Radikalismus, dem zunehmenden Auftreten paramilitärischer Verbände, von Parteienhass und scheinbar unüberbrückbaren ideologischen Differenzen, sahen sich die Zeitungen veranlasst, die bereits bestehende Kluft innerhalb der Bevölkerung zu vergrößern und die Aggression und den Hass auf den politischen Gegner noch zu schüren. Man schreibt, um den Leser in seiner bereits vorgefassten Meinung zu bestätigen.[5] Die verbale Gewalt in den Medien trug ihren Teil dazu bei, dass sich das politische Klima im Land dahingehend entwickelte, dass sich Ereignisse wie jenes in Schattendorf zutragen konnten.

Die politische Situation im Burgenland

Als es im Jänner 1927 zu dem schicksalsträchtigen Vorfall in Schattendorf kam, war das Burgenland gerade erst fünf Jahre alt. Mit der Übergabe Ödenburgs an Ungarn um die Jahreswende 1921/22 fand ein zähes Ringen um die Entstehung des jüngsten österreichischen Bundeslandes seinen Abschluss. Erst 1925 fiel die Entscheidung zugunsten Eisenstadts als „Sitz der Landesregierung" Mit Absicht vermied man die Bezeichnung Landeshauptstadt, da man die Hoffnung auf Ödenburg noch nicht endgültig aufgegeben hatte.[6] Nicht zuletzt auf Grund der Schwierigkeiten bei der Landnahme des Burgenlandes im Herbst 1921 der Terror der ungarischen Freischärler war noch nicht vergessen waren die beiden großen Parteien des Landes, Sozialdemokraten und Christlichsoziale, 1923 übereingekommen, keine privaten Wehrformationen im Burgenland aufzustellen. Den beiden politischen Gegnern war klar, dass nur gemeinsam und auf friedlichem Weg der Aufbau des mit Abstand rückständigsten Bundeslandes erfolgen konnte. Darüber hinaus wollte man auf außenpolitischer Ebene Ungarn, das den Verlust Westungarns noch immer nicht verschmerzt hatte, keinen Vorwand einer Intervention bieten.[7] So war das Burgenland im Vergleich zu den anderen Bundesländern zunächst innenpolitisch ruhig. Um die Jahreswende 1925/26 änderte sich diese Situation, als die rechtsgerichtete Frontkämpferbewegung in den Bezirken Eisenstadt, Mattersburg und Oberpullendorf Ortsgruppen zu gründen begann. Die Frontkämpfer beschränkten ihre Mitgliederwerbung aber nicht allein auf Gemeinden mit bürgerlicher Mehrheit, sondern versuchten auch in Orten mit sozialdemokratischer Mehrheit nahe Ödenburg - so wie im Falle Schattendorfs - Fuß zu fassen. Der Grund hierfür waren, wie

5 vgl. Schiller, Der „Schattendorfer Prozeß", S. 519f.
vgl. Ernst, Geschichte des Burgenlandes, S. 208:
Den Status einer Landeshauptstadt erhielt Eisenstadt erst 1965.
ebd. S. 209

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

aus ungarischen Geheimakten hervorgeht, strategischen Überlegungen, die den Führungsstab der Frontkämpferbewegung dazu veranlasste, Stützpunkte hier im Grenzbereich einzurichten. Zu den strategischen Überlegungen zählte die „räumliche Nähe" zu der geistig verwandten ultrarechten Horthy-Regierung, die nicht nur die Frontkämpfervereinigung, sondern auch die Heimwehren mit Geld und Material aus Ungarn unterstützte. Darüber hinaus hielt Ungarn auch Waffen für die Frontkämpfer bereit, um diese im Falle einer Auseinandersetzung mit der Linken - und man war sich sicher, dass es früher oder später dazu kommen würde zu unterstützen. Lagerplatz für diese Waffen war Ödenburg. Die Frontkämpfer waren somit bestrebt, um einen reibungslosen Nachschub zu ermöglichen, in den Grenzorten um Ödenburg Stützpunkte zu besitzen, aber gleichzeitig damit auch die Bahnlinie Ödenburg-Wiener Neustadt unter Kontrolle zu bringen.[8]

Obwohl der Frontkämpfervereinigung beim Aufbau einer eigenen Landesorganisation im Burgenland kein Erfolg beschieden war und sie abhängig von der Wiener Zentrale blieb, gelang es der Christlichsozialen Partei - die die Agitation der Frontkämpfer keineswegs goutierte - nicht, deren Einfluss einzudämmen.[9]

Die Ideen der Frontkämpfervereinigung sprachen vor allem jene sozialen Schichten an, denen die Verhältnisse in Österreich nicht jene Vorteile zu bieten schienen wie in Ungarn. Unterstützung und Sympathie erhielten sie aus Kreisen der Großgrundbesitzer und der katholischen Geistlichkeit, von Militärs sowie Lehrern und Beamten.[10]

Nachdem mit dem Fuß fassen der Frontkämpferbewegung im Burgenland die bereits erwähnte Vereinbarung zwischen SDP und CSP aus dem Jahre 1923 von dritter Seite aufgeweicht wurde, waren zwei Ereignisse voraussehbar: zum einen die Zunahme politischer Auseinandersetzungen mit den Mitteln der Gewalt, zum anderen war eine Reaktion von links zu erwarten. Am 16. Mai 1926 kam es schließlich, im Anschluss an eine Frontkämpferversammlung, bei der Frontkämpferführer Oberst Hiltl persönlich anwesend war, zur ersten Auseinandersetzung zwischen Frontkämpfern und sozialdemokratischen Arbeitern in den Bahnhöfen Marz-Rohrbach und Mattersburg.[11] Die Reaktion der Sozialdemokraten war eindeutig und in der „Burgenländischen Freiheit" konnte man lesen: *„Die burgenländische Sozialdemokratie hat den Knüppel als politisches Argument bisher abgelehnt. Wer aber glaubt, daß sie ruhig zuschauen wird, wie andere Prügelgarden organisieren, um auf sie loszustürzen, der irrt sich saftig....Die Arbeiterschaft hat*

8 vgl. Schlag, Landestopographie, S. 457
vgl. Ernst, S. 209
vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 108
vgl. Schlag, Um Freiheit und Brot, S. 67

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

die Pflicht zur Selbstwehr. Und darum werden wir den Frontkämpfern unseren republikanischen Schutzbund auch im Burgenland entgegenstellen" [12]
Damit erfolgte nun der Aufbau von Republikanischen Schutzbundgruppen auch im Burgenland. Bereits im Juni 1926 konstatierte der Bezirkshauptmann von Mattersburg besorgt, dass die Gründung von Ortsgruppen der gegnerischen Wehrverbände zunehme. Und noch im selben Monat versagte er seine Zustimmung zur Abhaltung einer Frontkämpferversammlung in Schattendorf, weil Arbeiter der umliegenden Dörfer angekündigt hatten, diese mit Gewalt zu verhindern.[13]
Als die Frontkämpfer im Monat darauf, am 25. Juli 1926 ihre Gründungsversammlung in Schattendorf abhielten, verlief dies zwar ohne Zwischenfälle, im weiteren Verlauf des Tages kam es aber erneut zu einer schweren Rauferei in einem Gasthaus, bei der auch Schüsse abgegeben wurden, ohne dass dabei aber jemand verletzt worden wäre.[14] Für die Sozialdemokraten, die in Schattendorf über beinahe 2/3 der Stimmen verfügten, bedeuteten diese Ereignisse eine Provokation auf die man damit antwortete, indem man das erste Treffen der burgenländischen Republikanischen Schutzbundgruppen am 5. September 1926 in Schattendorf veranstaltete. Damit wollte man den *„frechen, unerträglichen Provokationen der Frontkämpfer und sonstigen schwarzgelben und rotweißgrünen Monarchisten"*[15] mit einer Demonstration von Stärke und Geschlossenheit entgegentreten. Was das Kräfteverhältnis der beiden Gruppierungen in Schattendorf betraf, so lag dieses mit etwa 70 zu 30 zugunsten des Schutzbundes.[16]
Die Situation in Schattendorf blieb auch in den nächsten Monaten gespannt und steuerte um die Jahreswende einem neuerlichen Höhepunkt zu, als im Nachbarort Loipersbach am 31. Dezember 1926 eine Silvesterveranstaltung sozialdemokratischer Arbeiter durch Frontkämpfer gestört wurde. Das Fass völlig zum Überlaufen brachte der Umstand, dass durch Demonstrationen der Frontkämpfer vor dem Bezirksgericht in Mattersburg die vorzeitige Freilassung ihrer zwei zu Silvester verhafteten Kameraden erzwungen wurde. Als nun die Frontkämpfer für den 30. Jänner 1927 eine Versammlung in Schattendorf ankündigten, folgte sofort die Reaktion: auch die Sozialdemokraten setzten für diesen Tag eine Schutzbundversammlung in Schattendorf an, bei der der burgenländische Landesführer des Republikanischen Schutzbundes, Friedrich Hofmann, referieren sollte. Trotz warnender Stimmen und der Absage mehrerer Schutzbundgruppen an diesem Treffen, wollte es der

[12] zit. nach BF, 21. Mai 1926, S. 1
vgl. Schlag, Landestopographie, S. 457
vgl. BF, 13. August 1926, S. 3
zit. nach BF, 10. September 1926, S. 1
vgl. OSZ, 10. Juli 1927, S. 2

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Bezirksführer des Schutzbundes, Thomas Preschitz, mit Hilfe der Schutzbundabteilungen aus den Nachbarorten zu einer Kraftprobe kommen lassen. Indem der Schutzbund seine Veranstaltung nicht der Behörde meldete, verließ man dieses mal absichtlich den konfrontationsvermeidenden Weg, der bisher so ausgesehen hatte, dass Veranstaltungen der Frontkämpfer und des Schutzbundes abwechselnd und somit getrennt voneinander abliefen,[17] bzw. indem man die eigene Versammlung zur selben Zeit wie jene des Gegners anmeldete, worauf die Behörden mit dem Verbot beider Veranstaltungen antworteten.[18]

Die Ereignisse des 30. Jänner 1927

Die Ausgangslage am besagten Sonntag, dem 30. Jänner, war somit folgende, dass die Frontkämpfer um 15.00 Uhr in ihrem Vereinslokal, dem Gasthof Tscharmann, eine bei der Behörde gemeldete Versammlung abzuhalten gedachten, bei der Oberst Hiltl, der Führer der gesamtösterreichischen Frontkämpferbewegung sprechen sollte.
Für ebenfalls 15.00 Uhr war eine – nicht behördlich gemeldete – Versammlung der Schutzbündler in deren Vereinslokal – im Gasthaus Moser – angekündigt, wo der burgenländische Schutzbundführer Friedrich Hofmann über "Die Politische Lage" referieren sollte. Beide Versammlungen wurden vom Schattendorfer Gemeindediener einige Stunden vor Beginn durch das ortsübliche Austrommeln bekanntgegeben.[19]
Um eine Sprengung ihrer Versammlung zu verhindern, hatte Preschitz auch die Schutzbundtruppen der Nachbarorte Baumgarten, Draßburg und Klingenbach nach Schattendorf beordert. Gemeinsam mit diesen Schutzbündlern – an die 150 Mann – wollte Preschitz den Zuzug auswärtiger Frontkämpfer, allen voran Oberst Hiltl, verhindern.
Als nun am frühen Nachmittag der Aufmarsch des Schutzbundes begann, war es für die drei Gendarmen des Postens Schattendorf zu spät, um Gegenmaßnahmen bzw. Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Unmittelbar nach Abmarsch der Schutzbundtruppen – kurz nach halb zwei Uhr - vom Gasthaus Moser Richtung Bahnhof Loipersbach-Schattendorf kam es bereits zum ersten Zwischenfall dieses Tages indem eine kleine Gruppe auswärtiger Schutzbündler aus der Marschkolonne ausbrach und im Vereinslokal der Frontkämpfer, dem Gasthaus Tscharmann, einkehrten. Hier kam es erwartungsgemäß zu heftigen Wortwechseln sowie zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung. Aufgrund von Alarmschüssen, die der Wirtssohn abgege-

[17] vgl. Schlag, Landestopographie, S. 458
vgl. Schiller, S. 505
vgl. Garscha, Wien 1927, S. 10f.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

ben hatte, erschien die Gendarmerie und schlichtete rasch den Streit.
Inzwischen hatten die Republikanischen Schutzbundtruppen am Bahnhof Stellung bezogen, um alle auswärtigen Frontkämpfer bereits hier „abzufangen" und so den Zuzug nach Schattendorf zu vereiteln. Somit war hier am Bahnhof der nächste Zwischenfall vorprogrammiert. Als von Loipersbach in etwa 40 Mitglieder der dortigen Frontkämpfer-Ortsgruppe heran maschierte, kam es zu einer Schlägerei, woraufhin sich die Loipersbacher Frontkämpfer aufgrund des ungleichen Kräfteverhältnisses wieder zurückzogen.
Um drei viertel drei Uhr traf der Zug mit den aus Wien und Niederösterreich erwarteten Frontkämpfern ein. Dieser Gruppe, die nur aus etwa 10 Personen bestand, gehörte auch Hauptmann a. D. Anton Seifert sowie der Sekretär der Österreichischen Frontkämpfervereinigung, Josef Landgraf, an. Oberst Hiltl war nicht im Zug. Auch dieser Gruppe verwehrten die Schutzbündler den Zuzug ins Dorf. Erneut kam es zu einer Rauferei woraufhin sich die Frontkämpfer im Bahnhofsgelände verschanzten. Unter Vermittlung der Gendarmerie – mittlerweile war geklärt, dass Oberst Hiltl ohnehin nicht anwesend war – verständigte man sich dahingehend, die Frontkämpfer unter Geleitschutz der Gendarmen entlang der Bahnlinie Richtung Mattersburg abziehen zu lassen.[20]
Siegesbewusst, die Frontkämpferversammlung gesprengt zu haben, setzten sich die Schutzbundtruppen wieder in Marsch zurück Richtung Schattendorf. Mittlerweile war es ungefähr 16.00 Uhr, die Versammlung der Sozialdemokraten im Gasthaus Moser hatte ungestört stattfinden können. Allerdings hatten sich in Schattendorf bereits die wildesten Gerüchte über die Vorfälle am Bahnhof verbreitet, darunter auch das Gerücht, dass der Loipersbacher Frontkämpferkommandant erschossen worden sei.
Auf ihrem Marsch durch Schattendorf – begleitet von Zivilisten, Frauen und Kindern, die neben den Marschkolonnen der Schutzbündler herliefen – zogen die Schutzbundtruppen wie bereits am frühen Nachmittag wieder beim Gasthof Tscharmann vorbei. Ein Großteil der Truppe hatte bereits das Gasthaus passiert, als sich ein Teil der letzten Kolonne – es war dies die Klingenbacher Ortsgruppe – löste und mit verbalen Provokationen und der Aufforderung „Kummt´s außa, wenn´s euch traut´s" gegen das Gasthaus liefen.[21]

Das ungleiche Kräfteverhältnis erweckte bei den im Gasthof Tscharmann anwesenden Frontkämpfern sicherlich einen Angstzustand, gepaart mit Wut und Aggression über die verhinderte Frontkämpferversammlung. Eine kleine Gruppe von ihnen, darunter auch die beiden Wirtssöhne Josef und Hieronymus Tscharmann sowie deren Schwager Josef Pinter zogen sich in die

[20] vgl. Schlag, Landestopographie, S. 458
vgl. Garscha, S. 16

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Privatwohnung des Gasthauses zurück, wo schon aufgrund der Vorkommnisse des frühen Nachmittags geladene Gewehre bereitstanden. Während Josef Tscharmann vom hofseitigen Fenster einige Schüsse auf die gegenüberliegende Hofmauer abgab, um jene Schutzbündler zu vertreiben, die versuchten in den Hof und in die Küche einzudringen, schossen Hieronymus Tscharmann und Josef Pinter durch ein vergittertes Fenster auf die Straße. Auch Josef Tscharmann kam noch in das vordere Zimmer und gab, eigenen Angaben zufolge, zu mindestens noch einen Schuss auf die Straße ab.
Die Schüsse hatten verheerende Konsequenzen: mehrere Personen, zum Teil unbeteiligte Schaulustige wurden verletzt, zwei Menschen aber, der sechsjährige Josef Grössing aus Schattendorf und der kriegsinvalide Schutzbündler Matthias Csmarits aus Klingenbach blieben inmitten der auseinander tobenden Menschenmenge tot liegen.
Csmarits war von einer Schrotladung von hinten in Kopf und Nacken getroffen worden. Der kleine am gegenüberliegenden Straßenrand stehende Junge starb an einem Herzschuss.[22]
Die Frontkämpfer behaupteten immer wieder, von der Straße her, wo sich die Schutzbündler befunden hatten, Schüsse gehört zu haben. Es gab auch einige Zeugen, die aussagten, dass Schutzbündler gegen das Fenster des Gasthofes geschossen hätten.[23]
An der Außenwand des Tscharmann-Hauses wurden auch tatsächlich mehrere Beschädigungen um die beiden vergitterten, straßenseitigen Fenster festgestellt. Sämtliche Beschädigungen wurden als Steinwurfspuren verifiziert.[24]

Am 2. Feber fanden die Begräbnisse der beiden Opfer statt. Die Trauerfeierlichkeiten in Schattendorf und Klingenbach gestalteten sich zu einer beeindruckenden sozialdemokratischen Trauerkundgebung. Am selben Tag wurde in ganz Österreich ein 15-minütiger Generalstreik abgehalten.

Der Vorfall von Schattendorf, dem Aufmerksamkeit und Bestürzung weit über die Grenzen des Burgenlandes hinaus zu Teil wurden, ermahnte die burgenländischen Politiker aber gleichsam den anstehenden Wahlkampf fair und besonnen zu führen und mit Ludwig Lesers Worten: *„politische Gegensätze und den politischen Kampf mit geistigen Waffen auszugleichen."* [25]
Darüber hinaus ahnte noch niemand, dass die Beschuldigten freigesprochen werden würden.

---

[22] vgl. Schlag, Landestopographie, S. 458f.
vgl. U. Bauer, Der Zusammenstoß von Schattendorf, S. 100
ebd. S. 103
zit. nach BF, 11. Feber 1927, S. 2
zit. nach BF, 4. Feber 1927, S. 1

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Die ersten Reaktionen in der Burgenländischen Presse

Betrachtet man die ersten Ausgaben der vier Wochenblätter nach den Schattendorfer Ereignissen zunächst nur optisch, den Umfang der Berichterstattung gemäß, fallen bereits interessante Unterschiede auf: während erwartungsgemäß die „Burgenländische Freiheit" das Thema Schattendorf zum Schwerpunkt macht und dafür inklusive dem Titelblatt fast drei ganze Seiten aufwendet, findet man in der „Burgenländischen Heimat", im Parteiorgan der Christlichsozialen und somit des politischen Gegners, einen nicht einmal zwei Spalten langen Bericht erst auf Seite 4.
Der „Freie Burgenländer" widmet dem Vorfall inklusive eines politischen Leitartikels zum Thema Schattendorf von Hans Ambroschitz seine Titelseite, während die „Oberwarther Sonntags-Zeitung" sich auf Seite drei im wesentlichen auf die Wiedergabe des amtlichen Berichts beschränkt und somit dem Thema nicht ganz eine Spalte widmet.
Erklärend sei hinzugefügt, dass es sich bei allen vier Wochenblättern um Großformate handelt, wobei eine Seite in drei Spalten aufgegliedert war:

Die „Burgenländische Freiheit"

Bevor die eigentliche Berichterstattung der „Burgenländischen Freiheit" auf Seite 1 beginnt, stehen als Art Überschrift oder Einleitung vorangestellt die Namen der beiden Verunglückten mit großen, fetten Lettern von einem breiten, fettgedruckten Rahmen umgeben.

„Von Mörderhand meuchlings ums Leben gebracht, wurden in Schattendorf am Sonntag den 30. Jänner 1927

Genosse Matthias Csmarits

Ein treuer Arbeiter seit frühester Jugend. Erst 34 Jahre alt, wurde er aus unserer Mitte gerissen. Im Kriege wurde er in Russland dreimal schwer verletzt. Frau und Kind trauern an seiner Bahre.

Josef Grössing

Schüler der 1. Volksschulklasse, der Sohn eines A r b e i t e r s, erhielt bei demselben Überfall einen Herzschuß, der das junge Leben mit einem Schlage beendete.
Toternst, tieftraurig, aber auch entschlossen, den Toten Genugtuung zu schaffen, stehen wir vor den offenen Gräbern." [26]

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Es folgt der erste Artikel betitelt: „Der Meuchelmord von Schattendorf":
„Frontkämpfer haben in Schattendorf unseren Genossen C s m a r i t s und ein 8jähriges Eisenbahnerkind erschossen. Mitten in der Ortschaft steht ein massives Haus, das wie eine kleine Burg aus den Reihen der kleinen Bauernhäuser emporragt. Fast in der Höhe eines Stockwerkes zwei eisenverschlagene Fenster, feste Mauern, der Eingang durch ein wuchtiges Tor versperrt. 200 Leute hätten nichts daran, auch wenn sie es mit Waffen stürmen wollten. Dort drin saßen die Mörder. Zwischen den eisernen Stäben des Gitters lugten ihre Mordwaffen heraus. Sie schossen als unsere Schutzbundtruppe schon vorübermarschiert und außer Sicht war, auf das kleine Häuflein Schutzbündler, das dem Haupttrupp in einiger Entfernung folgte. Mitten auf der Straße sank der 8jährige G r ö s s i n g ins Herz getroffen zusammen, am Rande des Straßengrabens traf den Gen. Csmarits der tötliche Schuß am Hinterkopf. Sich an einen Baum klammernd starb er und sank in den Straßengraben.....Die burgenländische Arbeiterschaft hat sich daran gewöhnen müssen, daß die Reaktion tief in ihre Reihen hineingreift und sich Märtyrer holt. Kaum einen Vertrauensmann gibt es, der nicht die Kerker und Internierungslager Horthys kennen oder nicht das bittere Brot des heimatlosen Flüchtlings essen hätte müssen.....Schluß mit der Frontkämpferei.
Es darf sich im Burgenlande keiner von dieser Mörderbande mehr blicken lassen! Die Mordstätten müssen gesäubert werden. Die Republik kann und darf es sich nicht gefallen lassen, daß hochverräterische, gegen das österreichische Burgenland, gegen die Demokratie, gegen das Leben seiner Bürger verschworene magyarische Mörderbanden frei sich betätigen. Mit allen Mitteln, die dem Staate zur Verfügung stehen und ihm aus den Steuergeldern zur Sicherung des Lebens gegeben werden, muß gegen diese Mörderorganisation vorgegangen werden. Nicht nur das Blut unseres Gen. Csmarits und eines unschuldigen Kindes gebieten es. So will es jeder anständige Mensch in ganz Österreich. Hinaus mit den Brutstätten des Mordes und Hochverrates aus dem Burgenland, sie sind nicht hier gewachsen. Wie eine Seuche wurde die Frontkämpferei ins Land geschleppt durch Landfremde. Fort mit ihnen, dorthin von wo sie gekommen sind.
Wir wollen sehen, ob es eine Partei im Burgenland gibt, die schützend ihre Hand über das Haupt von Kindesmördern legt. Wir wollen sehen, ob es in dem Landtag einen einzigen Abgeordneten gibt, der seine Stimme dagegen erheben wird, wenn wir die Ausräucherung dieser Mördergruben verlangen. Wie immer dem auch sei, es bleibt dabei: Schluß mit der Fronkämpferei! Wollen es die Behörden nicht besorgen, nun denn, so werden wir es besorgen. Paßt ihnen die Demokratie nicht, so können auch wir undemokratisch sein. Es darf sich im Burgenland ungestraft kein Frontkämpfer zeigen. So muß es sein! Das geloben wir Dir Genosse Csmarits am Grabe, das ver-

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

sprechen wir Dir, Du ermordetes kleines Proletarierkind." [27]

Anhand dieses Textes lassen sich folgende charakteristische Merkmale der sozialdemokratischen Berichterstattung feststellen: das häufig verwendete Wortbildungselement „Mord"- bzw. „Mörder"- (Mörderhand, Mörderbanden, Mörderorganisation, Kindesmördern, Mördergruben usw.) und somit die Unterstellung, dass die Tötung der beiden Personen vorsätzlich begangen wurde, zusätzlich noch verstärkt durch das Wort „Meuchel"- bzw. „meuchlings", das die Tat noch hinterhältiger beschreibt und weiter negativ verstärkt. Die Identifikationsformeln „Genosse", „Arbeiter" und „wir" erzeugen beim Leser zusätzliche Betroffenheit und verstärken den Solidaritätsgedanken. Darüber hinaus ist dieser Text ein Beispiel für den gezielten Einsatz von Sprache: eine überaus aggressive Wortwahl, im Zusammenhang mit den Frontkämpfern gleichzeitig aber rührselig, wenn die Sprache auf das tote Kind kommt *(„du ermordetes kleines Proletarierkind"*, dramatisch, wenn es um Forderungen und Androhungen geht *(„Es darf sich im Burgenland ungestraft kein Frontkämpfer zeigen. So muß es sein!")*
Inhaltlich beginnt der Text mit der Beschreibung des Gasthofes Tscharmann aus welchem die Schüsse abgegeben wurden. Das Gasthaus wird gleichsam als Festung beschrieben: *„als ein massives, hohes Haus", „wie eine kleine Burg", „zwei eisenverschlagene Fenster", „feste Mauern", „ein wuchtiges Tor", „200 Leute hätten nichts daran, auch wenn sie es mit Waffen stürmen wollten" „Dort drinnen saßen die Mörder"* Diese Textstelle suggeriert, dass der Gasthof uneinnehmbar, somit die Argumentation der Frontkämpfer aus Angst und Notwehr gehandelt zu haben hinfällig sei und spricht gleichsam die Schutzbündler von jeglicher Art der Provokation frei – denn einem „Angriff auf diese Festung" wäre ohnehin kein Sieg beschieden gewesen.

Die Textpassage, die mit der Forderung *„Schluß mit der Frontkämpferei"* eingeleitet wird, zeichnet sich durch eine überaus aggressive und kämpferische Diktion aus. Das Wortelement „Mord" wird in den verschiedensten Variationen achtmal verwendet. Die Frontkämpferei wird als *„Brutstätte des Mordes und Hochverrates"* und als *„Seuche"* bezeichnet. Zur *„Säuberung der Mordstätten"* wird der Staat aufgerufen, denn seine Pflicht ist die „Sicherung des Lebens" Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen wird generalisiert: *„So will es jeder anständige Mensch in ganz Österreich."* Die Tatsache, dass in Schattendorf auch ein Kind erschossen worden ist, verstärkt bei den Sozialdemokraten zusätzlich die Forderung, endlich gegen die Frontkämpfer hart vorzugehen und wird gleichsam propagandistisch als Druckmittel eingesetzt: *„wir wollen sehen, ob es eine Partei im Burgenland*

[27] zit. nach ebd. S. 1

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

gibt, die schützend ihre Hand über das Haupt von Kindesmördern legt." Am Ende des Textes steht eine offene Drohung, eine Ankündigung, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, sollte keine Reaktion seitens der Behörden erfolgen: *„.....es bleibt dabei: Schluß mit der Frontkämpferei. Wollen es die Behörden nicht besorgen, nun denn, so werden wir es besorgen. Paßt ihnen die Demokratie nicht, so können auch wir undemokratisch sein."*
Ebenfalls auf Seite 1 befindet sich ein Aufruf betitelt: „Die Bluttat":
„Genossen und Genossinnen!
Wieder sind Blutopfer der Arbeiterklasse gefallen. Die Mörderbande der Fronkämpfer haben unseren Genossen, den Kriegsinvaliden Csmarits, haben das Kind unseres Eisenbahnergenossen Grössing meuchlerisch ermordet. Die burgenländischen Frontkämpfer sind Spione Horthys im Burgenland. Sie sind die Mitverschworenen der magyarischen Organisationen, die das deutsche Burgenland wider seinen Willen von unserer Republik losreißen, Ungarn wiedergewinnen wollen.
Die burgenländischen Frontkämpfer sind also eine hochverräterische Organisation. Trotzdem hält die Bundesregierung, hält die christlichsoziale Partei ihre Hand schützend über die Hochverräter gegen die Republik. Wir erleben das Schauspiel, daß die Regierung eines Staates den Hochverrat gegen diesen Staat schützt und unterstützt. Im Vertrauen auf diesen Schutz haben die burgenländischen Frontkämpfer zu den Mordwaffen gegriffen. Sie haben sich nicht getäuscht. Das Organ der Regierung, das Organ der Regierungspartei stellt sich schon an die Seite der Mörder." [28]

Der erste Satz dieses Appells vermittelt mit dem Prädikat „sind gefallen" den Eindruck, dass in Schattendorf eine Schlacht stattgefunden habe. Der Ausdruck „Blutopfer" verleiht dem Ganzen zusätzlich eine sakrale Note.[29]
Während im vorangegangenen Text die Abschaffung der Frontkämpferei noch mit Hilfe des Staates massiv gefordert wird, geht man jetzt einen Schritt weiter und spricht diverse Beschuldigungen aus: den Frontkämpfern wird vorgeworfen, mit dem ungarischen Horthy-Regime zusammenzuarbeiten, was zu dem Schluss führt, es handle sich bei der Frontkämpferbewegung um eine „hochverräterische Organisation" Das Feindbild der Sozialdemokraten wird weiter durch die Begriffe „Spione", „Mitverschworene", „magyaronisch" verstärkt.
Während zunächst noch davon gesprochen wird, dass die Bundesregierung, die Christlichsoziale Partei, ihre Hände schützend über die Hochverräter gegen die Republik halte, wird im nächsten Satz behauptet sie „unterstütze"

[28] zit. nach ebd. S. 1f.
vgl. Schiller, S. 505
ebd. S. 507

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

diese sogar, um schließlich zu argumentieren, sie stelle sich an die Seite der Mörder." [30]

An dieser Stelle muss ergänzt werden, dass von offizieller Seite eine Beteiligung der ungarischen Irredenta[31] an den Ereignissen in Schattendorf stets dementiert wurde, so zum Beispiel vom Burgenländischen Landeshauptmann Rauhofer *„was die hochverräterischen Umtriebe im Lande betrifft, so erkläre er, daß es im burgenländischen Volke keine Irredenta gibt"* [32] sowie Landeshauptmannstellvertreter Leser: *„Wir sind in einem Lande, wo es keine Irredenta gibt."* [33] Auch Ungarn erhob gegen diese Anschuldigungen Protest.[34]

Was den Vorwurf der Unterstützung für die Frontkämpferbewegung an die Adresse der Christlichsozialen betrifft, brachte dies Leser auf den Punkt: *„Ich mache Ihnen von der burgenländischen christlichsozialen Partei nicht den Vorwurf, daß sie die Frontkämpfer in das Burgenland hereingebracht haben, aber es ist eine geschichtliche Tatsache.....daß Herr Landeshauptmann Rauhofer.....nicht imstande gewesen ist, durch irgendwelche gesetzlichen Maßregeln die Weiterentwicklung der Frontkämpfer zu verhindern."* [35]

Während die erste Seite der „Burgenländischen Freiheit" sehr emotional und polemisch gehalten ist, beginnt die eigentliche Berichterstattung über die Ereignisse des 30. Jänner 1927 in Schattendorf erst auf Seite 2, bezeichnender Weise mit der Überschrift: „Wie der Mord geschah." Einleitend wird festgehalten: *„Die Frontkämpfer hatten bereits Tage vorher in der Bevölkerung die Gerüchte ausgestreut, daß sie nach Schattendorf kommen und es den Sozialdemokraten zeigen werden."* [36]

Der erste Zwischenfall am frühen Nachmittag wird derart dargestellt, dass die vom Wirtssohn abgegebenen Schüsse eine unmittelbare Reaktion auf das bloße Betreten des Gasthofes durch Schutzbündler gewesen seien: *„ ging ein Teil der Schutzbündler in das Gasthaus, um sich Erfrischungen zu kaufen. Auf einmal gab der bekannte Frontkämpfer Tscharmann aus einem Jagdgewehr im Nebenraum zwei scharfe Schüsse ab."* [37] Unerwähnt bleibt, dass es bereits hier zu einem heftigen Wortwechsel und zu Handgreiflichkeiten gekommen war.

---

[31] Irredenta" ist ein in der Burgenlandfrage häufig verwendeter Ausdruck für Angliederungsbestrebungen.

zit. nach BH, 11. Feber 1927, S. 1

zit. nach BF, 11. Feber 1927, S. 2

vgl. Schiller, S. 522, Anmerkung 20

zit. nach BF, 11. Feber 1927, S. 1

zit. nach BF, 4. Feber 1927, S. 1

zit. ebd. S.2

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Der zweite Vorfall am Bahnhof wird nur kurz beschrieben: *„Mit dem Zug und aus der Gegend Loipersbach kamen tatsächlich Frontkämpfer angerükkt, es kam zu einer Schlägerei, bei der nicht geschossen wurde."* [38] Die Schilderung des Bahnhof-Vorfalls bleibt äußerst vage, die Schlägerei wird erwähnt, nicht aber die Tatsache, dass aufgrund einer zahlenmäßigen Überlegenheit der Zuzug der Frontkämpfer ins Dorf tatsächlich vermieden wurde. Unerwähnt bleibt auch, dass man Oberst Hiltl am Bahnhof erwartet hatte. Explizit wird darauf hingewiesen, dass keine Schusswaffen verwendet wurden.

Der eigentliche Vorfall wird als „Überfall" folgendermaßen dargestellt: *„Übereinstimmend gaben alle Zeugen: Schutzbündler, Bauern, Frauen an, daß ohne irgendeinen Grund aus dem Gasthaus Tscharmann blind in die Menschenmenge geschossen worden war. Daß dies ein feiger und wohlüberlegter Überfall war, ist schon daraus zu ersehen, daß im Gasthaus Tscharmann am Hause selbst kein einziges Fenster eingeschlagen wurde".* Auch dieses Mal bleiben die verbalen Provokationen der eigenen Seite, die Steinwürfe gegen das Gasthaus und der Versuch einiger Schutzbündler in den Gasthof einzudringen, unerwähnt. Interessant ist die Behauptung, *„daß die Schutzbündler, wie immer waffenlos waren"*, da von den Gegnern behauptet wurde, dass auch die Schutzbündler geschossen hätten.

Tatsache aber bleibt, dass am Gasthaus selbst keine Schussspuren nachgewiesen werden konnten und auch die Fenster völlig unbeschadet geblieben waren.

Übereinstimmend wird, laut „Burgenländischer Freiheit", von allen Beteiligten konstatiert, dass *„da die Schutzbündler, wie immer waffenlos waren, von der Seite der Sozialdemokraten nicht ein Schuß abgegeben wurde."* [39]

Ein dritter umfangreicher Teil beschäftigt sich mit den Reaktionen auf das Schattendorfer Ereignis und schildert eine große Versammlung in Neufeld am 31. Jänner: *„Eine volle halbe Stunde, von halb elf bis elf Uhr, heulten die Sirenen zum Protest gegen die schaurige Tat von Schattendorf. Um 11.00 Uhr waren auf dem Hauptplatz von Neufeld sechstausend Männer und Frauen versammelt.....Nur langsam lösten sich die Gruppen und in Trupps marschierten die Arbeiter in ihre Betriebe und in ihre Dörfer,.....die über Nacht zu Herden wildlodernder Leidenschaft geworden sind, die sich nicht eher wieder legen wird, bis nicht Gewähr gegeben ist, daß es ein zweites Schattendorfer Blutbad im Burgenland nicht mehr geben kann."* [40]

Interessant ist, dass dagegen das Begräbnis und der 15 Minuten dauernde Generalstreik nur kurz im Zuge des Aufrufs auf Seite 1 erwähnt werden.

---

[38] zit. ebd. S.2

zit. ebd. S.2

zit. ebd. S.2f.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Auch in den nächsten Ausgaben der „Burgenländischen Freiheit" bleibt das Thema Schattendorf Schwerpunkt der Berichterstattung. Die Ausgabe vom 11. Feber 1927 widmet dem Thema über vier Seiten. Im Vordergrund stehen die Landtagssitzung vom 8. Feber, wobei die von Landeshauptmannstellvertreter Leser gehaltene beeindruckende Rede in voller Länge (über zwei Seiten) abgedruckt ist sowie die Nationalratssitzung vom 3. Feber, auf der es zu heftigen Wortwechseln zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen gekommen war. Unter dem Titel „Die österreichische Arbeiterschaft ehrt die Opfer von Schattendorf" wird ein ausführlicher Bericht gebracht über die Begräbnisse, die eine beeindruckende Demonstration der Arbeiterschaft waren: „Waren es 15.000? Waren es 20.000? *Man konnte sie nicht zählen. Wir wissen nur, dass Ungezählte gekommen waren zu bezeugen, dass Arbeiterleben kein Spielzeug mehr sind."* [41]

Auch in der Ausgabe vom 18. Feber 1927 findet sich das Thema Schattendorf unter dem Titel: „Der burgenländische Landtag. Im Zeichen des Schattendorfer Mordes" auf der Titelseite.
Noch einmal wird die Landtagssitzung vom 8. Feber 1927 behandelt. Während in der vorangegangenen Ausgabe die Rede Lesers in vollem Wortlaut wiedergegeben wurde, wird nun die Stellungnahme der bürgerlichen Partei und zwar jene des Landeshauptmanns Rauhofer abgedruckt.
Betrachtet man in welchem Umfang Landtags- und Nationalratssitzungen behandelt werden, dass Reden teilweise in vollem Wortlaut wiedergegeben werden, so kann man daran erkennen, wie wichtig es der „Burgenländischen Freiheit" war, ihre Funktionäre über das politische Tagesgeschehen, über politische Meinungsbildung zu informieren.

Die „Burgenländische Heimat"

Das Parteiorgan der Christlichsozialen Partei betitelt ihren Bericht mit: „Ein blutiger Sonntag in Schattendorf! Zwei Todesopfer und mehrere Verletzte" und bleibt damit relativ sachlich. Einleitend beginnt der Bericht mit einem Rückblick:
„Seit geraumer Zeit ist die Spannung zwischen den Frontkämpfern und republikanischen Schutzbündlern, besonders im Gebiete um Mattersburg, äußerst groß.....Daraus sind die wiederholten Zusammenstöße erklärlich, die sich in letzter Zeit.....ereigneten.....Für diesen Sonntag hatten die Frontkämpfer nach Schattendorf eine Versammlung einberufen. Es war kein geringer Leichtsinn, für dieselbe Zeit eine schutzbündlerische Versammlung austrommeln zu lassen. Ein Zusammenstoß oder Überfall war doch unschwer

[41] zit. nach BF, 11. Feber 1927, S. 4

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

vorauszusehen. Allein man ließ dem kommenden.....Unglück einen ungehemmten, freien Lauf." [42]

Somit spielt die „Burgenländische Heimat" die Verantwortung für den Vorfall den Schutzbündlern zu. Hätten diese nicht für den selben Tag eine Versammlung angesetzt, wäre das „Unglück" nicht passiert. Es wird somit den Sozialdemokraten vorgeworfen, durch eigenes Verhalten, die Ereignisse heraufbeschworen zu haben.
Es folgt der Abdruck der amtlichen Darstellung, die mit den Hinweis endet, dass der Tathergang noch nicht genau rekonstruierbar sei. Aufgrund dessen, dass der amtliche Bericht in der „Burgenländischen Heimat", im „Freien Burgenländer" und in der „Oberwarther Sonntags-Zeitung" abgedruckt ist, soll er hier in voller Länge wiedergegeben werden:

„...stellt sich der Sachverhalt folgendermaßen dar: Am 30. Jänner nachmittags sollten in Schattendorf (politischer Bezirk Mattersburg) Versammlungen der Frontkämpfervereinigung und des Republikanischen Schutzbundes abgehalten werden, wovon jedoch nur die erstere behördlich angemeldet war.....Die republikanischen Schutzbündler marschierten in geschlossenem Zuge vom Gasthaus Moser die Ortstraße von Schattendorf entlang gegen den Bahnhof Loipersbach-Schattendorf. Beim Gasthaus Tscharmann blieb ein Teil von ihnen, auswärtige Mitglieder von Baumgarten und Klingenbach, zurück während die übrigen gegen den Bahnhof weitermarschierten. Der Zweck dieses Marsches zum Bahnhof war, einen weiteren Zuzug von Frontkämpfern nach Schattendorf zu verhindern, da bekannt geworden war, daß in einem der nächsten von Wien kommenden Züge weitere Frontkämpfer, darunter Oberst Hiltl aus Wien, im Anzug seien.
Der Republikanische Schutzbund blockierte den Bahnhof und wollte die mit dem Zuge tatsächlich angekommenen Frontkämpfer nicht aus dem Bahnhof lassen, wobei es zu mehrfachen Reibereien und leichten Verletzungen kam. Die Gendarmerie und der Bahnhofsvorstand, die inzwischen aus dem Orte Schattendorf herbeigeeilt waren, griffen vermittelnd ein und wiesen die Frontkämpfer in den Wartesaal, während inzwischen Verhandlungen zwischen den beiden Parteien gepflogen wurden. Die beiden Parteien einigten sich dahin, einander beim Abzug weiter nicht zu behelligen. Beide Parteien zogen hierauf ab, die Frontkämpfer in der Richtung Loipersbach und Mattersburg, die Schutzbündler gegen Schattendorf.....Auf dem Wege nach Schattendorf wurden mehrere Schüsse aus der Ortschaft gehört, die, wie später in Erfahrung gebracht wurden, denen zwei Personen, und zwar Matthias Zmaritsch (sic!) aus Klingenbach und der siebenjährige Schulknabe aus

[42] zit. nach BH, 4. Feber 1927, S. 4

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Schattendorf zum Opfer fielen.
Wie es zu diesem Vorfall gekommen ist, ist gegenwärtig noch nicht einwandfrei festgestellt....." [43]

Unerwähnt in diesem Bericht bleibt der erste Vorfall, wonach es bereits am frühen Nachmittag als die Schutzbundtruppen Richtung Bahnhof zogen, einige von ihnen ausscherten und ins Gasthaus Tscharmann gingen, zu einer Auseinandersetzung kam und in diesem Zusammenhang bereits die ersten Schüsse – vom Wirtssohn abgegeben – fielen, wenn auch zunächst nur als Warnung beziehungsweise zur Alarmierung der Gendarmerie.
Unvollständig bringt der Bericht die Ereignisse am Bahnhof, wo es nicht nur zu Reibereien mit jenen Frontkämpfern kam, die mit dem Zug in Schattendorf eintrafen – dabei handelte es sich ohnehin nur um eine kleine Gruppe von etwa 10 Mann, sondern wo es bereits zuvor zu einer Schlägerei mit aus Loipersbach kommenden Frontkämpfern – etwa 40 Mann – gekommen war.
Die Beschreibung, dass *„auf dem Wege nach Schattendorf mehrere Schüsse aus der Ortschaft gehört wurden"* steht im Widerspruch zum zeitlichen Ablauf, da die Schüsse erst abgegeben wurden, nachdem bereits der Großteil der Schutzbündler das Gasthaus Tscharmann passiert hatte. Interessant ist, dass in diesem Bericht noch keine Namen der mutmaßlichen Täter genannt werden, auch über deren Verhaftung nichts erwähnt wird und von weiteren Verletzten keine Rede ist.
Anschließend wird ein Bericht eines Augenzeugen wiedergegeben, der mit den Vorfällen am Bahnhof beginnt:
„Als die Frontkämpfer dort ausstiegen, stand schon vor dem Bahnhof eine starke, uniformierte Abteilung des Republikanischen Schutzbundes.....Da brachen sämtliche Schutzbündler wie auf Kommando mit einem Pfuigeheul los.....schnallten ihre Leibriemen ab, zum Teil benützten sie auch Schlagriemen und hieben auf die Frontkämpfer ein.
Hierbei wurde Hauptmann Seifert erheblich verletzt, ebenso zwei weitere Frontkämpfer, von denen einer schwere Hiebwunden am Kopf davon trug.....Dann kam es in den Bahnhofräumen zu einer Verhandlung. Vor dieser Besprechung wollten die Loipersbacher Frontkämpfer ihren belagerten Kameraden zu Hilfe kommen. Als die Schutzbündler das merkten,.....gingen sie, indem sie zeitweise Revolverschüsse abgaben, gegen die Loipersbacher Frontkämpfer vor." [44]

Interessanterweise berichtet dieser Augenzeuge den Vorfall am Bahnhof in umgekehrter Reihenfolge, dass zuerst die Frontkämpfer mit dem Zug aus

[43] zit. ebd. S. 4
zit. ebd. S. 4

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Mattersburg und dann erst die Loipersbacher Frontkämpfer am Bahnhof eingelangt seien. Die Auseinandersetzung mit der kleinen Gruppe auswärtiger Frontkämpfer wird als überaus brutal beschrieben *„etwa drei Dutzend Schutzbündler stürzten sich auf wenige Frontkämpfer"* und gebrauchten dazu auch ihre Leibriemen und Schlagriemen – auch von Revolverschüssen ist die Rede.
Den weiteren Ereignissen dieses Tages werden nur mehr ein paar Zeilen gewidmet:
„Bereits mittags war das Gasthaus Tscharmann von den Sozialdemokraten besetzt und so die Versammlung unmöglich gemacht. Als der Zug der Schutzbündler bei der Rückkehr an dem Gasthaus Tscharmann vorüberzog, machte eine Gruppe Halt und wollte in das Gasthaus eindringen worauf aus dem Gasthause die verhängnisvollen Schüsse fielen." [45]

Der Bericht der Burgenländischen Heimat bleibt oberflächlich und ungenau. Besonders Einzelheiten, die für die Frontkämpfer unangenehm sind, werden überhaupt nicht erwähnt.
Beispielsweise stellt sich nicht die Frage, ob die Schüsse voreilig abgegeben wurden, zumal man über die Bewaffnung der Schutzbündler nicht Bescheid wusste. Unerwähnt bleibt, dass bereits beim ersten Vorbeimarsch der Schutzbündler am Gasthaus Tscharmann Schüsse fielen beziehungsweise dass Schusswaffen im Gasthof vorbereitet waren. Die *„verhängnisvollen Schüsse aus dem Gasthause"* werden als eine Art Verteidigung des Gebäudes gesehen gegenüber der Gruppe Schutzbündler, die ins Gasthaus einzudringen versuchten. Die Tat selbst wird eher als Missgeschick hingestellt, was sich in der Wortwahl „Unglück", „verhängnisvolle Schüsse" äußert.
Das Begräbnis wird nur mit einem Satz erwähnt, abschließend wird der Personenkreis der Verhafteten aufgezählt, zu dem unter anderem der Wirt, seine beiden Söhne und sein Schwiegersohn zählen.
Resümierend lässt sich feststellen, dass der Bericht sprachlich neutral verfasst ist – nicht zu vergleichen mit der kämpferischen und polemischen Art der „Burgenländischen Freiheit" – die politische Bedeutung beziehungsweise die politische Brisanz des Vorfalls bleibt aber unreflektiert. In der nächsten Ausgabe der „Burgenländischen Heimat", vom 11. Feber 1927, findet sich das Thema Schattendorf auf der Titelseite: einerseits in Form eines Kommentars zur Rede Lesers im Landtag andererseits in Form der Berichterstattung vom Landtag und Nationalrat.

[45] zit. ebd. S. 4

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

„Der Freie Burgenländer"

Der Freie Burgenländer gibt seiner Titelstory die Überschrift: „Ein blutiger Sonntag im Burgenland. Zusammenstoß zwischen Frontkämpfern und republikanischen Schutzbündlern in Schattendorf – zwei Tote" Als Einleitung wird versucht, dem Leser den Grund, die historischen Wurzeln, die zum Zusammenstoß dieser beiden Organisationen führten, verständlich zu machen:
„Seit der ungarischen Kommunistenherrschaft der Bela-Kun-Leute im Jahre 1919,..... bestehen zwischen den Sozialdemokraten, die sich damals ganz in den Dienst des Kommunismus gestellt hatten, und einem Großteil der bäuerlichen Bevölkerung tiefe Gegensätze, die schon bei verschiedenen Anlässen zu unliebsamen Zwischenfällen führten. Besonders groß ist der Gegensatz zwischen Frontkämpfern und republikanischen Schutzbündlern." [46]

Im Anschluss daran werden die beiden amtlichen Darstellungen der Burgenländischen Landesregierung abgedruckt. Nachdem die erste Darstellung – wie auch in der „Burgenländischen Heimat" veröffentlicht – mit dem Hinweis endet, dass der Tathergang noch nicht genau rekonstruierbar sei, gibt die zweite amtliche Darstellung eine vollständige Beschreibung der Ereignisse. Einleitend kommt noch einmal die Sprache auf den Zwischenfall am Bahnhof und es wird explizit festgehalten, dass dort keine Schüsse abgegeben wurden:
„Am Bahnhofe Loipersbach-Schattendorf kam es außer dem bereits berichteten Zusammenstoß zu keinen weiteren Ausschreitungen. Insbesondere wurden keine Schüsse abgegeben....Als nach Beilegung der Streitigkeiten am Bahnhofe die Schutzbündler nach Schattendorf zurückkehrten, marschierten sie auf dem Wege zu ihrem Versammlungslokale unter Absingung von Liedern und Ausstoßung von Schmährufen, die von der Gegenseite erwidert wurden, durch die Ortschaft Schattendorf und am Gasthause des Josef Tscharmann vorbei.....Nach Behauptung von Zeugen sollen auch von der Straße her gegen das Wohnhaus Steine geschleudert und auf der Straßenseite des Hauses Schüsse gefallen sein. Tatsächlich wurden vor dem Hause drei Steine gefunden, und an der Hauswand selbst Spuren von Steinwürfen festgestellt. Hingegen konnten Schießspuren dort nicht wahrgenommen werden. Einwandfrei wurde festgestellt, daß aus dem Gartenfenster des Wohnhauses gegen die Straße zu geschossen wurde. Die Schüsse wurden abgegeben, gerade als die letzte Reihe der Schutzbündler an dem Hause des Tscharmann vorbeimarschierte. Nach den Schüssen stob alles in die umlie-

[46] zit. nach FB, 6. Feber 1927, S. 1
zit. ebd. S. 1

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

genden Häuser auseinander. Zu weiteren Ausschreitungen ist es nicht gekommen." [47]

Mit der Wiedergabe der amtlichen Berichte und dem Vermeiden von Augenzeugenberichten bleibt der „Freie Burgenländer" bei seiner Berichterstattung sachlich und neutral. Auch über die Begräbnisse der Opfer wird ausführlich, emotions- und wertfrei berichtet allerdings mit der Feststellung: *„von sozialdemokratischer Seite wurde allerdings der Trauerfeier das Gepräge einer Parteidemonstration verliehen."*

Im Zusammenhang mit dem Begräbnis des Jungen wird ein überaus interessantes Detail erwähnt, und zwar, dass der Abtpfarrer Köppl aus Mattersburg die Einsegnung vornahm, „der Ortspfarrer Kleindl hatte sich in Befolgung eines ihm gegebenen Rates entfernt." Dass dem Ortspfarrer empfohlen worden war, das Begräbnis nicht selbst abzuhalten, hatte zwei Gründe: zum einen bestanden verwandtschaftliche Bande zu den Tscharmanns – die Frau des Wirtssohnes Josef Tscharmann war die Nichte des Pfarrers Kleindl – zum anderen war bekannt, dass der Pfarrer ein Sympathisant der Frontkämpferbewegung war.

Renner führte dazu in der Nationalratssitzung vom 3. Feber an: *„Es ist bekannt, daß die irredentistischen Kreise von Schattendorf durch ihren Pfarrer mit den ungarischen Formationen in Oedenburg in unmittelbarer Verbindung stehen "* [48]

Interessant ist auch der Hinweis, dass das Gasthaus Tscharmann von der Gendarmerie bewacht wurde. Abschließend wird noch mitgeteilt, dass am Dienstag, dem 1. Feber ein Gespräch zwischen Landeshauptmann Rauhofer und Bundeskanzler Seipel anlässlich des Schattendorfer Ereignisses stattfand.

Abgesehen von der Berichterstattung befindet sich auch noch ein politischer Leitartikel, betitelt „Schattendorf" und gezeichnet Hans Ambroschitz, auf der Titelseite.

Im Gegensatz zu dem sachlichen, sehr informativen Bericht ist der politische Leitartikel des Hans Ambroschitz emotional – *„Blut ist geflossen im Burgenland, unschuldig vergossenes Menschenblut"* – und beschäftigt sich mit der Frage, wer an dem Vorfall schuld ist:

„...aber das Auge sucht nach Schuldigen, sucht nach jenen, die die Verantwortung dafür tragen, daß in Schattendorf Blut, unschuldiges Blut floß. Einige Schuldige hat das Auge bereits entdeckt...Insoweit sie schuldig sind, werden sie - dies hoffen mit uns wohl alle rechtlich Denkenden - der rechten Strafe nicht entgehen.....Zu diesen Schuldigen gehören vor allem die beiden mehr oder minder bewaffneten Organisationen: der sozialdemokratische

[48] zit. nach BF, 11. Feber 1927, S. 1

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Republikanische Schutzbund auf der einen, die wenigstens im Burgenlande den Christlichsozialen sehr nahe stehende Frontkämpfervereinigung auf der anderen Seite. Dazu gehören weiters die gerade von diesen beiden Organisationen fortgesetzt angewandten Methoden, den jeweiligen politischen Gegnern durch Aufmärsche, Trutzversammlungen, Terrorversuche und dergleichen mehr, zu reizen und einzuschüchtern..." [49]

Ambroschitz unterscheidet somit die Schuldigen in jene, die im Sinne des Gesetzes schuldig sind, da sie die Schüsse abgegeben haben, aber er beschuldigt gleichzeitig auch die beiden Organisationen – Republikanischer Schutzbund und Frontkämpfer – durch ihre praktizierten Methoden den politischen Gegner zu terrorisieren.

„Wohl aber behaupten wir, daß jene Organisation, die als zweite ihre Versammlung, ihren Aufmarsch ansetzte, die als zweite ihre Anhänger und Mitglieder nach Schattendorf beorderte, mit Blutschuld beladen ist. Wir leben in einem demokratischen Staate, die Versammlungsfreiheit ist eines der höchsten Güter, das unsere Republik zu verteidigen hat. Wer daher den politischen Gegner in diesem Rechte beeinträchtigt, versündigt sich nicht nur an einem der Grundrechte unserer Republik, sondern an der Republik selbst. Die beiden in Rede stehenden Organisationen haben dies - soweit das Burgenland in Betracht kommt - schon des öfteren getan, immer wieder kam es zu unliebsamen Zwischenfällen." [50]

Obwohl Ambroschitz die Versammlungsfreiheit als ein demokratisches Recht bezeichnet, behauptet er, dass jene Organisation, die als zweite ihre Versammlung – und somit ihr demokratisches Recht – angemeldet hat, sich *„mit Blutschuld beladen"* zu haben. Dies scheint doch ein Widerspruch in sich zu sein. Für den Verfasser ist aber gerade dieser politische Zustand, in dem der Versammlungsfreiheit nicht nachgekommen werden kann, Grund genug von der Landesregierung eindringlich die Auflösung beider Organisationen zu fordern:

„Darum ergeht unser Ruf an die Landesregierung: Hinweg mit diesen beiden Organisationen, die sich nicht in den Rahmen der Staatsordnung einfügen können, die versuchen, eine Nebenregierung aufzurichten, die sich als Staat im Staate gebärden. Wir brauchen weder die eine noch die andere Organisation in unserem Lande." [51]

Ambroschitz geht aber mit seinen Beschuldigungen noch weiter:

„Unsere roten und unsere schwarzen Politiker in Landtage haben sich zu einer schwarz-roten Koalition zusammengeschlossen, sie kommen ausgezeichnet miteinander aus, sie vertragen sich so gut, daß aus der ursprüng-

---

[49] zit. nach FB, 6. Feber 1927, S. 1

zit. ebd. S. 1

zit. ebd. S. 1

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

lichen Vernunftehe beinahe eine Liebesehe geworden ist.
Wenn es im Landtage geht, dann muß es auch draußen im Dorfe gehen, dann müssen - so sollte man glauben - auch die den beiden Parteien nahe stehenden Organisationen.....Burgfrieden halten können. Dies ist aber nicht der Fall, und die beiden Parteien.....haben es auch gar nicht versucht, diesen Burgfrieden im Dorfe herzustellen. Während die schwarzen und roten Führer im Landtage packeln, lassen sie draußen ihre Truppen auf einander los. Darum sind auch sie es, und zwar nicht in letzter Linie, die durch den Fall von Schattendorf mit Blutschuld beladen wurden." [52]
„Gerichtliche Sühne" fährt Ambroschitz weiter fort, wird es nicht geben, aber die *„Gerichtstage"* für die einzelnen Parteien werden die Wahltage sein. Dort wird ihnen das *„richtige Urteil"* über das Ausmaß der Mitschuld zu Teil werden.
Ambroschitz sieht das Schattendorfer Ereignis somit nicht als punktuelles Ereignis, sondern bettet den Vorfall in den politischen Kontext ein. Auf diese Weise kommt er nicht umhin, auch die beiden bewaffneten Formationen – Schutzbund und Frontkämpfer – zu beschuldigen, das politische Klima zu vergiften und mit ihnen auch die Parteien, die ihre ihnen nahe stehenden Organisationen nicht in Zaum halten. Ambroschitz ist sich aber sicher, dass die Parteien ihre Rechnung dafür ohnehin bald präsentiert bekommen – denn das Jahr 1927 war ein Wahljahr, es standen Gemeinderatswahlen, Landtagswahlen und Nationalratswahlen vor der Tür.
Die nächste Ausgabe vom 13. Feber 1927 behandelt auf der Titelseite das Thema „Schattendorf im burgenländischen Landtag" und auch der politische Leitartikel von Hans Ambroschitz beschäftigt sich mit „Nochmals Schattendorf" Wie bereits eine Woche zuvor wiederholt Ambroschitz seine Behauptung, dass die beiden Parteien – Christlichsoziale und Sozialdemokraten – sich zwar im Landtag ausgezeichnet vertragen, aber nichts dazu beitragen, dass auch ihre bewaffneten Organisationen diesem Beispiel folgen. Und Ambroschitz sieht sich in seiner Behauptung, *„die einen schweren Vorwurf für diese beiden Parteien beinhalte"*, bestätigt, indem alle Parteien in der Landtagssitzung vom 8. Feber den von den Sozialdemokraten eingebrachten Beschlussantrag einstimmig annahmen: *„politische Kämpfe mit geistigen Waffen auszutragen und sich nicht verleiten zu lassen zu Gewalttaten, die nur immer neue Gewalttaten auslösen."* [53] Hätten die Parteien und deren verantwortliche Führer schon früher in diesem Sinne gehandelt, so Ambroschitz, *„dann wäre unserem Lande ein Schattendorf erspart geblieben."*
Interessant ist, dass Ambroschitz bereits das Wort „Schattendorf" als Syn-

[52] zit. ebd. S. 1f.
zit. nach FB, 13. Feber 1927, S. 1

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

onym verwendet – als Synonym für einen politischen Zustand, der auf gefährliche Weise vom demokratischen Weg abkommt.
„Wenn diese Erkenntnis die Frucht aus dem so traurigen Fall von Schattendorf ist, dann sind – so beklagenswert die beiden unschuldigen Opfer und ihre armen Angehörigen sind – Zmaritsch und Grössing nicht umsonst gefallen, dann sind sie den Heldentod gestorben für jene echte und wirkliche Demokratie.....Wahre Demokratie darf man nicht nur innerhalb der eigenen Partei betätigen, sie muß auch dem politischen Gegner gegenüber gelten." [54]
Wenn „Schattendorf" nun endlich bewirkt, dass gegen die bewaffneten Formationen, die sich gegenseitig terrorisieren und somit politische Unruhe in die Dörfer hineintragen, vorgegangen wird – im besten Fall aufgelöst werden – dann wären für Ambroschitz sogar die beiden Opfer zu rechtfertigen. Die Behandlung des Schattendorfer Ereignisses im Nationalrat (am 3. Feber), wo es zu tumultartigen Szenen gekommen war, wird im Freien Burgenländer nur kurz erwähnt. Und obwohl Ambroschitz in den beiden politischen Leitartikeln seine Kritik immer in gleicher Weise an die Sozialdemokraten wie auch an die Christlichsozialen gerichtet hat, kann er es sich nun nicht verkneifen, die Sozialdemokraten für die heftigen Wortwechsel im Nationalrat zu beschuldigen.

Die „Oberwarther Sonntags-Zeitung"

Die „Oberwarther Sonntags-Zeitung" betitelt ihren Bericht über das Schattendorfer Ereignis mit „Ein blutiger Sonntag" Einleitend wird – da es sich um eine Zeitung des südlichen Burgenlandes handelt, die Lage Schattendorfs als *„bei Loipersbach, an der Eisenbahn Mattersburg-Oedenburg"* beschrieben. Es folgt eine kurze Zusammenfassung, dass es anlässlich einer Frontkämpferversammlung zu Zusammenstößen zwischen Frontkämpfern und Angehörigen des Republikanischen Schutzbundes gekommen ist wobei auch Schüsse gefallen sind, die zwei Todesopfer gefordert haben. *„Die Toten sind der Kriegsinvalide Matthias Zmaria (sic!) und der achtjährige Knabe Alexander (sic!) Grössing, beide aus Schattendorf."* [55]
Interessant ist, dass beide Namen falsch geschrieben und beide als Schattendorfer bezeichnet werden, obwohl im Anschluss der amtliche Bericht abgedruckt ist, worin es wörtlich heißt: *„...wurden mehrere Schüsse abgegeben, denen zwei Personen und zwar Matthias Zmaritsch aus Klingenbach und der siebenjährige Schulknabe Josef Grösing aus Schattendorf zum Opfer fielen."* [56]

---

[54] zit. ebd. S. 1
zit. nach OSZ, 6. Feber 1927, S. 1
zit. ebd. S. 3

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Mittels der ausschließlich amtlichen Mitteilung über den Vorfall erhält der Leser einen unvollständigen Bericht. Man erfährt nichts Genaueres, wann sich der Vorfall zugetragen hat, wer und wie viele geschossen haben, ob es weitere Verletzte gibt und im Grunde wird auch nichts darüber erwähnt, welcher Seite die Opfer zuzurechnen sind – ob es für die Leser des Oberwarter Bezirkes eindeutig war, dass der Kriegsinvalide aus Klingenbach ein Schutzbündler und der Knabe aus Schattendorf das Kind eines sozialdemokratischen Arbeiters ist, bleibt dahingestellt. Ebenso ist fraglich, ob man im südlichen Burgenland so genau über die politischen Verhältnisse im Norden Bescheid wusste, beispielsweise über die bereits mehrfach stattgefundenen Zusammenstöße zwischen Frontkämpfern und Schutzbündlern im Mattersburger Bezirk. Im Gegensatz zur „Burgenländischen Heimat" und dem „Freien Burgenländer" wird über die Vorgeschichte nichts berichtet.
Auch die Begräbnisse, zu denen Tausende Menschen kamen, darunter auch viele hochrangige Politiker, bleiben unerwähnt.
Betrachtet man den Artikel abschließend, so gewinnt man den Eindruck, dass das Interesse an Schattendorf – hier im Süden – nicht so groß ist. Die Berichterstattung ist zwar sprachlich neutral, bleibt aber unvollständig und teilweise schlecht recherchiert.
Die nächste Ausgabe vom 13. Feber 1927 erwähnt mit keinem Wort weitere Einzelheiten zum Vorfall. Die zweite, ergänzende, amtliche Mitteilung wird nicht abgedruckt.
Im Zusammenhang mit Schattendorf wird nur über die Landtagssitzung sowie über die Nationalratssitzung in zwei unabhängigen Artikeln auf Seite 2 und Seite 4 berichtet. Auffällig dabei ist, dass im Artikel „Großkampftag im Parlament" nur Bundeskanzler Seipel und der Nationalrat Binder – somit ausschließlich christlichsoziale Politiker zitiert werden. Unerwähnt bleibt der heftige verbale Schlagabtausch zwischen christlichsozialen und sozialdemokratischen Politikern. Im Bericht „Vom burgenländischen Landtag" steht ein Auszug aus Landeshauptmannstellvertreter Lesers Rede im Vordergrund, Landeshauptmann Rauhofer wird kurz zitiert.
In dieser Ausgabe wird der Leser zwar von politischen Stellungnahmen einzelner Politiker zum Schattendorfer Vorfall informiert, weitere Details über den Vorfall selbst bleiben vorenthalten. Die einzige neue Information bekommt der Leser durch das Zitat Seipels, wo es heißt: *„Die mutmaßlichen Täter sind verhaftet."* [57]
Die „Oberwarther Sonntags-Zeitung" widmet dem Schattendorfer Ereignis mit Abstand am wenigsten Aufmerksamkeit – möglicherweise liegt das geringere Interesse auch an der räumlichen Entfernung. Die gesamte Berichterstattung reduziert sich auf amtliche Mitteilungen und Redeausschnitte.

[57] zit. nach OSZ, 13. Feber 1927, S. 2

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Entsprechend wenig „reißerisch" sind auch die Überschriften: „Ein blutiger Sonntag", „Großkampftag im Parlament" und „Vom burgenländischen Landtag" – nichts worauf man auf ein derartig dramatisches Ereignis Rückschlüsse ziehen würde.
Der Verfasser der Artikel bezieht selbst nicht Stellung – es gibt keine Beschuldigten, keine Parteinahme, keine Beschimpfung oder unsachliche Argumentation. Eine genaue Rekonstruktion des Ereignisses bleibt die Zeitung aber schuldig.

Die Berichterstattung über den Schattendorfer Prozess

Die „Burgenländische Freiheit"

Beinahe pathetisch leitet die „Burgenländische Freiheit" den ersten Artikel betitelt „Schattendorf" in ihrer Ausgabe vom 8. Juli 1927 ein:
„Die schweren Tage von Schattendorf stehen gegenwärtig vor dem Schwurgericht in Wien in Verhandlung. Diese Verhandlung.....reißt nicht nur die kaum verharschten Wunden von Schattendorf neuerlich auf, sie erinnern uns an all die Opfer, die die Arbeiterschaft dem Hakenkreuz, das den besonderen Schutz der bürgerlichen Republik genießt, verdankt. Es erinnert uns aber der jetztige Prozeß daran, wie billig die Arbeiterblutvergießer für ihre Taten davon kommen." [58]
An dieser Stelle sei erwähnt, dass politische Zusammenstöße zwischen Rechtsradikalen und sozialdemokratischen Arbeitern schon vor „Schattendorf" zum Tod von vier Menschen geführt hatten. Dabei waren die Todesopfer ausschließlich auf Seite der Sozialdemokraten zu beklagen und die Bestrafung der Täter, mit nur geringen Geldstrafen, fiel überaus mild aus.
Kein Wunder also, wenn man den Ausgang des Prozesses seitens der Sozialdemokraten mit größter Aufmerksamkeit verfolgte. Denn einerseits war das Gerechtigkeitsgefühl der politisch bewussten Arbeiter bereits mehrfach verletzt, missachtet und dadurch angespannt und herausgefordert, andererseits verstärkte die Tatsache, dass es sich bei den Toten von Schattendorf um solche Mitglieder der Gesellschaft handelte, die eine besondere Schutzstellung benötigen – Kinder und Kriegsinvalide – den Wunsch, dieses Mal ein exemplarisches Urteil zu fällen.[59]
Nachdem im Artikel alle vier Arbeitermorde beschrieben werden, wird *„als nächste Schandtat in dem schon großen Mordregister arbeiterfeindlicher Elemente.....der Schattendorfer Kindes- und Arbeitermord"* verzeichnet.

[58] zit. nach BF, 8. Juli 1927, S. 1
vgl. Botz, S. 142

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Dabei bleibt die „Burgendländische Freiheit" bei ihrer Behauptung, dass es sich in Schattendorf um Mord gehandelt habe.
„Vor den Geschworenen stehen jetzt die beiden Gastwirtssöhne Josef und Hieronymus Tscharmann und der 21jährige Hilfsarbeiter Johann Pinter, die die tödlichen Schüsse abgegeben haben, und müssen sich verantworten wegen Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit. Man hat aber vergessen, jene mitanzuklagen, die mitbelastet sind, an den Schattendorfer Ereignissen, die Regierung, die die Hakenkreuzverbände nicht nur geduldet, sondern auch gefördert und keines ihrer Verbrechen entsprechend gemaßregelt hat." [60]
Mit dieser Aussage weiten die Sozialdemokraten die Verschuldensfrage von den Frontkämpfern auch auf die Bundesregierung aus, die die Forderung der Sozialdemokraten nach Auflösung der rechten Wehrverbände stets ignoriert hatte.
Der Beitrag zum Thema „Schattendorf" in der Ausgabe vom 15. Juli 1927 beschäftigt sich einleitend kurz mit der Anklage bzw. den Angeklagten. Aus der Anklageschrift wird zitiert, dass die Brüder Josef und Hieronymus Tscharmann sowie Johann Pinter *„als Mittäter in gemeinsamen Einverständnis durch aus Bosheit unternommene Handlungen"* setzten indem sie mehrmals Schüsse aus Jagdgewehren abfeuerten, die Leben und körperliche Sicherheit für Menschen gefährdeten.
„Die Geklagten gaben im Verhöre zu, geschossen zu haben, jedoch nicht in der Absicht jemanden zu töten oder zu verletzen. Die Zeugenaussagen beweisen aber, daß schon viele Stunden vor dem Ereignis Waffen und Munition vorbereitet waren. Keiner der Angeklagten konnte angeben, daß sie von den Schutzbündlern tätlich angegriffen wurden, sie redeten sich auf Angstgefühle aus." [61]

Die in dieser Form gebrachte Zusammenfassung vermittelt dem Leser die Meinung, dass man dieses Mal mit einer Verurteilung rechnen könne: denn die Angeklagten geben die Schüsse zu, offensichtlich war durch die vorbereiteten Waffen die Tat von langer Hand geplant und aufgrund dessen, dass die Angeklagten nicht persönlich von Schutzbündlern angegriffen worden waren, wird das Argument aus Angst gehandelt zu haben, nicht akzeptiert.
Anschließend kommt die Sprache nochmals auf das Thema „Republikanischer Schutzbund und Frontkämpferbewegung." Es wird explizit darauf hingewiesen, dass die Gründung des Republikanischen Schutzbundes im Burgenland ausschließlich eine Reaktion auf das Vorhandensein der Frontkämpferbewegung und deren *„immer ungebändigter werdenden Terrorakte"*

[60] zit. nach BF, 8. Juli 1927, S. 1
zit. nach BF, 15. Juli 1927, S. 115

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

im Lande war. Unmittelbar daran wird die burgenländische Frontkämpferbewegung beinahe wieder entlastet, indem man Zeugenaussagen erwähnt, die besagen, dass *„die Aufträge zu den verschiedenen unliebsamen Vorkommnissen nicht ihrem Willen, sondern von Wien gekommen seien. Erwähnenswert ist auch die Aussage einzelner Frontkämpfer, daß sie sich nur aus Geschäftsrücksichten zu den Frontkämpfern bekannt hätten."* [62]
Damit sehen sich die Sozialdemokraten wieder bestätigt, dass die Frontkämpferei von außen – von Wien – ins Burgenland „verpflanzt" wurde.
„Die Zeugenaussagen der Frontkämpferfreunde stellten zum Teil Behauptungen auf, daß die Schutzbündler auch geschossen hätten, andere ihrer Leute behaupten, daß sie nichts gesehen hätten. (Letzteres ist auch die einzige Möglichkeit, da die Schutzbündler bei ihren Zusammentreffen keinerlei Waffen bei sich haben.)" [63]
Damit wird das überaus heikle Thema angeschnitten, ob die Schutzbündler über Schusswaffen verfügt und von diesen Gebrauch gemacht haben. Und die Sozialdemokraten bleiben bei ihrer Behauptung, ihre Zusammenkünfte immer unbewaffnet abzuhalten.
Abschließend wird noch die Stimmung im Gerichtssaal beschrieben, dass der Vorsitzende der Gerichtsverhandlung wiederholt die im Saale anwesenden Zuhörer ermahnen musste, von Beifallskundgebungen für frontkämpferische Zeugen oder Hohngelächter zu den Ausführungen sozialdemokratischer Zeugen, Abstand zu nehmen. Interessant ist die Behauptung: *„Die Zuhörer sind nämlich zum großen Teil Frontkämpfer. Sozialdemokraten müssen arbeiten und können daher nicht so zahlreich erscheinen."* [64] Diese Aussage hat beinahe den Charakter einer Entschuldigung dafür, dass das Publikum zum größten Teil aus Frontkämpfern bestand, die sich teilweise derart gerierten, dass der Vorsitzende des Gerichts an manchen Tagen mehrmals die Räumung des Saales androhte - durchführen ließ er sie allerdings nie.
„Eines bezeichnenden Zwischenfalles soll nicht vergessen werden. Während der Zeugeneinvernahme lachten zwei Geschworene voll und breit auf, sodaß der Vertreter der Privatbeteiligten Doktor Reichard, den Gerichtshof ersuchen mußte, die Geschworenen zu belehren, daß die Geschworenen nicht zu lachen und sich gegenseitig zuzunicken haben, wenn die Zeugen etwas gegen Sozialdemokraten vorbringen." [65]
Bereits das einleitende Wort „bezeichnend" lässt darauf rückschließen, dass es derart beschriebene Vorfälle, wo man sich über Zeugen lustig macht,

---

[62] zit. ebd. S. 1
zit. ebd. S. 1
zit. ebd. S. 1
zit. ebd. S. 1

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

mehrere gegeben hat. Dass sich aber auch Geschworene amüsieren, interpretiert die sozialdemokratische Seite als Parteinahme für die Angeklagten. Während sich die bisherige Berichterstattung der „Burgenländischen Freiheit" zum Schattendorfer Prozess verhältnismäßig sachlich verhält und nur dann sehr emotional wird, wenn es wie im Falle der Arbeitermorde um an der Arbeiterschaft begangenes Unrecht geht, während vor allem die Stimmung im Gerichtssaal vermittelt werden soll, schlägt der Ton nach Bekanntwerden des Urteils um.

„Die Schurken, die am 30. Jänner 1927 in Schattendorf den Gen. Csmarits und den kleinen Grössing aus feigem Hinterhalte erschossen hatten, wurden am 14. Juli 1927 vom Schwurgerichte in Wien freigesprochen. Elf Männer, darunter zwei Burgenländer und eine Frau waren die Geschworenen, die nach dem Gesetze berufen waren, zu urteilen. Und neun von diesen zwölf Geschworenen stimmten für den Freispruch, ließen das schreckliche Verbrechen ungesühnt.....Warum wurden aber die Schattendorfer Verbrecher freigesprochen? Weil die Totgeschossenen Sozialdemokraten waren und die meisten Geschworenen Christlichsoziale! Das ist das Aufreizende, das unsagbar Empörende an dem Urteil, daß es diktiert ist vom borniertesten, bestialischen Haß gegen die Arbeiter." [66]

Die „Burgenländische Freiheit" sieht den Freispruch als klare Folge der Tatsache, dass hier mehrheitlich Christlichsoziale über Sozialdemokraten geurteilt haben. Die Ursache für das Urteil liegt für die Sozialdemokraten somit weniger im juristischen als vielmehr im politischen Bereich, was sich auch durch die Äußerung *„borniertesten, bestialischen Haß gegen die Arbeiter"* ausdrückt.

„Schattendorf" wird nun eingereiht in die Serie jener politischen Anschläge, die bisher die Arbeiterschaft ohnedies emotional stark beschäftigte:

„Birnecker erschossen, den Tätern nichts geschehen; Still erschossen, den Tätern nichts geschehen; Kovarik erschossen, den Tätern nichts geschehen; Leopold Müller erschossen, den Tätern nichts geschehen! Ja, sind die Arbeiter vogelfrei?

Und nun der feige Mord in Schattendorf mit der Unglaublichkeit des abermaligen Freispruchs." [67]

Dass dieser Prozess mit einem glatten Freispruch endete, war tatsächlich unverständlich, vor allem was die Punkte öffentliche Gewalttätigkeit und Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens betrifft. Obwohl es unmöglich war, den oder die Todesschützen unter den drei Angeklagten mit Sicherheit zu bestimmen und obwohl auch keine Mordanklagen erhoben wurden – somit von der Absicht, Menschen zu töten, Abstand genommen wurde –

[66] zit. nach BF, 22. Juli 1927, S. 1

zit. ebd. S. 1

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

durfte man den Angeklagten durchaus vorwerfen, durch eine vorschnelle, überzogene Reaktion auf das Verhalten der Schutzbündler nicht nur diese, sondern auch unbeteiligte Zivilpersonen gefährdet zu haben.[68] Generell war das Interesse der Öffentlichkeit am Verlauf dieses Prozesses überaus groß. *„Nicht nur in Österreich, sondern auch im Ausland ist man gespannt auf den Ausgang des Prozesses"*,[69] schreibt die „Burgenländische Freiheit" in ihrer Ausgabe vom 8. Juli 1927 Und vielleicht auch gerade deshalb erhoffte man sich von sozialdemokratischer Seite ein Urteil, dessen Strafausmaß künftig vielleicht doch ein vorschnelles Schießen auf Arbeiter verhindern würde.
Die Problematik des Urteils und des Prozesses lag aber noch auf einer anderen Ebene: Die Geschworenengerichtsbarkeit, in der Französischen Revolution entstanden, war den Sozialdemokraten jahrelang ein wichtiges Anliegen gewesen. Vertreter des Volkes anstelle von Richtern der herrschenden Klasse sollten Gerechtigkeit üben. Und nun hatte gerade ein solches Geschworenengericht ein in den Augen der Sozialdemokraten schwerwiegendes Fehlurteil gefällt. Die sozialdemokratische Führungsspitze war somit in der schwierigen Situation, das offensichtliche Fehlurteil anzuprangern, die Institution der Geschworenengerichtsbarkeit als solche aber aus der Debatte herauszuhalten.[70]

Die „Burgenländische Heimat"

Das Parteiorgan der Christlichsozialen Partei widmet im Vergleich zu den drei anderen Zeitungen dem Prozess am wenigsten Aufmerksamkeit. In der Ausgabe vom 8. Juli 1927 findet sich ein kurzer Artikel, der darauf hinweist, dass die Gastwirtssöhne Josef und Hieronymus Tscharmann sowie deren Schwager Johann Pinter wegen Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit angeklagt wurden.
„Die Staatsanwaltschaft bezichtigt sie.....auf vorbeiziehende sozialdemokratische Schutzbündler Schrotschüsse abgegeben zu haben, wobei zwei Neugierige und zwar der achtjährige Häuslerssohn Josef Grössing und der Kriegsinvalide Matthias Osmarics (sic!) getötet, fünf Personen verletzt worden sind. Die drei Angeklagten machen für ihre Handlungsweise Notwehr geltend. Auch von den Sozialdemokraten sind Schüsse abgegeben worden, doch hat man diese Gewalttäter wieder einmal nicht erwischt. Auch waren kurz vor der Schießerei Frontkämpfer von roten Schutzbündlern überfallen und mißhandelt worden." [71]

---

[68] vgl. Schiller, S. 514
zit. nach BF, 8. Juli 1927, S. 1
vgl. Portisch, Die unterdrückte Republik, S. 440
zit. nach BH, 8. Juli 1927, S. 3

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Im Gegensatz zu den Berichten über den Schattendorfer Vorfall selbst, worüber die „Burgenländische Heimat" einen eher moderaten Ton anschlägt, ist dieser Artikel von einigen „verbalen Untergriffen" gekennzeichnet. Bereits beim Einleitungsverb „bezichtigt" schwingt ein gewisser negativer Unterton mit. Dass zwei „Neugierige" getötet wurden, stimmt so nicht ganz, denn Csmarits, dessen Name übrigens falsch geschrieben ist, kann nicht in die Reihe der Schaulustigen eingereiht werden, die den Aufmarsch begleiteten, sondern war selbst Mitmarschierender der Klingenbacher Schutzbundtruppe am Ende der Marschkolonne. Das Argument der Angeklagten aus Notwehr gehandelt zu haben, wird mit dem Hinweis bekräftigt, dass auch die Sozialdemokraten geschossen hätten. Im Gegensatz zu den Frontkämpfern *„hat man diese Gewalttäter wieder einmal nicht erwischt"*. Eine Aussage, die suggeriert, dass die Sozialdemokraten wiederholt Gewalttaten begangen hätten, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen bzw. belangt worden zu sein.
Notwehr wird indirekt auch dadurch gerechtfertigt, indem man das Feindbild Schutzbündler mit Begriffen der Gewalt beschreibt: „diese Gewalttäter" hätten Frontkämpfer kurz vor der Schießerei *„überfallen"* und *„mißhandelt"*. Das Adjektiv *„rot"* wurde oft in konservativen Blättern als Stigmatisierung des politischen Gegners verwendet. In der sozialdemokratischen Presse wurde es durch das übliche *„republikanisch"* ersetzt. Während sich die Sozialdemokraten und der Schutzbund stets als Garant für den Fortbestand der Republik und deren demokratischen Grundsätze verstand, wurde diese Meinung gerade von den bürgerlichen Parteien nicht geteilt. [72]
In dieser Meinung wieder einmal mehr bestätigt, sah sich die Christlichsoziale Partei durch die spontanen Demonstrationen, Streikbewegungen und schließlich Ausschreitungen, die auf die Urteilsverkündigung seitens der Arbeiterschaft folgten.
In der Ausgabe vom 24. Juli 1927 schreibt die „Burgenländische Heimat" dazu:
„Der Freispruch der drei angeklagten Schattendorfer Frontkämpfer hat in Wien ein furchtbares Nachspiel gehabt, das eine Folge der jahrelangen systematischen marxistischen Massenverhetzung ist. Recht und Ordnung sind so lange in den Kot gezerrt und verhöhnt worden, die Diktatur der roten Massen ist so lange prophezeit worden, die Phrasen von der proletarischen Revolution so lange gedroschen worden, bis die Früchte dieser unseligen Saat aufgingen. Allerdings dürfen die verantwortlichen und unverantwortlichen marxistischen Führer und Hetzer, als diese Saat aufging, kaum mehr eine Freude gehabt haben....Wer jahrelang gegen Recht und Ordnung gehetzt hat, wie es die sozialdemokratischen und die übrigen marxistischen Führer und ihre Presse zielbewußt getan haben, der ruft eben in den Massen

[72] vgl. Schiller, S. 511

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Leidenschaften und Instinkte wach, die früher oder später zu Ausbrüchen führen müssen.....Denn nicht gelehrte Richter hatten die Schattendorfer Frontkämpfer freigesprochen, sondern ausgeloste Männer aus dem Volke, Geschworene. Nicht ausgewählte, sondern ausgeloste Richter aus dem Volke." [73]

Während dieser kleine Ausschnitt aus einer über zweiseitigen Berichterstattung zu den Vorgängen in Wien wenig über das Urteil selbst beinhaltet, bietet er andererseits ein repräsentatives Bild der öffentlichen bürgerlichen Meinung im Hinblick auf die Sozialdemokraten. Bereits im ersten Absatz findet sich eine Reihe von Schlagworten, die das Feindbild Sozialdemokraten charakterisiert und gleichzeitig auch ausdrückt wo die „Ängste" vor dem politischen Gegner lagen: *„systematische marxistische Massenverhetzung"*, die *„Diktatur der roten Masse"*, die *„proletarische Revolution"*. Bezeichnenderweise werden die marxistischen Führer mit Hetzern gegen das vorhandene politische System gleichgesetzt. Den Sozialdemokraten wird vorgeworfen Recht und Ordnung zu missachten – die Spontaneität des Aufstandes wird verleugnet, vielmehr vermutet man eine systematische und somit geplante und organisierte „Hetze" gegen den Staat. Dass dieses Urteil von Geschworenen – und nicht von Richtern – gefällt wurde, verschafft den Christlichsozialen eine gewisse Genugtuung, da die Geschworenengerichtsbarkeit bei den bürgerlichen Parteien auf weniger Akzeptanz stieß.[74]
Am Schluss der Berichterstattung wird noch einmal auf „Schattendorf" eingegangen:
„Das Burgenland steht wieder einmal unverschuldeterweise im Mittelpunkt des Interesses. Jeder Schuß, der gefallen ist, jede Flamme, die aufgezündelt ist, wird dem Burgenland zu Lasten geschrieben. Das Burgenland ist an allem Schuld. So sagt man. Nichts ist verkehrter als eine solche Behauptung.....Die Aufregungen des Schattendorfer Prozesses, die in Wien so schlimme Wirkungen gezeitigt haben, sind im Burgenland ohne Erregung hingenommen worden.....kein Wunder. Denn die Organisationen, die eigentlich im Schattendorfer Prozeß gegeneinander gestanden haben, die Frontkämpfer und die Schutzbündler, sind kein bodenständiges Gewächs. Sie sind erst aus Alt-Österreich ins Burgenland importiert worden.
Die Ideen der Frontkämpfer haben ebenso wenig im Burgenlande im großen und ganzen Fuß fassen können, als der Schutzbund als burgenländische Einrichtung aufgefaßt wird." [75]
Die Behauptung „Das Burgenland ist an allem schuld" – wobei offen bleibt,

[73] zit. nach FB, 24. Juli 1927, S. 1
vgl. Schiller, S. 523
zit. nach FB, 24. Juli 1927, S. 2

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

wer genau diese Behauptung aufstellt – suggeriert, dass wenn das Burgenland bei Ungarn geblieben wäre, Schattendorf und in weiterer Folge der Prozess sowie die Ausschreitungen in Wien nicht geschehen wären. Dabei wird ignoriert, dass für die politische Situation im Burgenland vor allem paramilitärische Organisationen verantwortlich waren, die von Wien und nicht von Eisenstadt aus den Aufbau burgenländischer Verbände forcierten.

Der „Freie Burgenländer"

Der „Freie Burgenländer" widmet dem Prozessverlauf mit Abstand die umfangreichste Berichterstattung, die aber dadurch gekennzeichnet ist, die Schüsse von Schattendorf als Verteidigung darzustellen und die moralische Schuld den Schutzbündlern anzulasten, die durch ihr provokantes Verhalten die Ereignisse heraufbeschworen hätten. Zu dieser „Verteidigungsstrategie" gehört zunächst das Bild, die Schutzbündler als Angreifer erscheinen zu lassen. So äußern sich beispielsweise die Angeklagten dazu:
Josef Tscharmann: *„Gegen 4.00 Uhr nachmittags entstand eine große Aufregung. Wir hörten ein Gerücht, daß am Bahnhof ein Frontkämpfer erschlagen worden wäre, bald darauf sind die Schutzbündler wieder zurückgekommen und sind wieder vorbeimarschiert. Sie schimpften und schrien: Nieder mit den Frontkämpfern, nieder mit den christlichen Hunden, nieder mit den monarchistischen Mördern!"* [76]
Hieronymus Tscharmann: *„Ich habe dumpfe Aufschläge auf den Fenstergittern und an den Mauern gehört.....Ich habe Angst gehabt, ich dachte, wir würden erschlagen werden. Wir haben schon von der Rauferei am Bahnhof gehört."* [77]
Johann Pinter: *„Wir beschlossen, uns bis aufs Äußerste zu wehren Ich hatte Angst, daß die Schutzbündler uns überfallen könnten. Sie waren ja in großer Überzahl Ich habe mein ganzes Leben nie geschossen. Die Schüsse an dem Unglückstage waren die ersten meines Lebens."* [78]
Worin sich die frontkämpferfreundliche Haltung des Blattes ebenso zeigt, ist, dass fast alle Zeugen, die zitiert werden, für die Frontkämpfer und gegen die Sozialdemokraten aussagen. Einige dieser Zeugen geben an, gesehen zu haben, dass Schutzbündler Revolver trugen bzw. geschossen hätten – darunter auch die Eltern der beiden Angeklagten Josef und Hieronymus Tscharmann. Damit soll mit der Behauptung der Schutzbündler unbewaffnet gewesen zu sein, aufgeräumt werden.
Zwei Sozialdemokraten wird in der Berichterstattung allerdings viel Raum

[76] zit. nach FB, 10. Juli 1927, S. 1
zit. ebd. S. 1
zit. ebd. S. 1

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

eingeräumt. Zum einen dem Bürgermeister von Schattendorf, Johann Grafl, der als inkompetent in seiner Amtsführung und darüber hinaus als Gewalttäter dargestellt wird.

Zum anderen Thomas Preschitz, dem Bezirkskommandanten des Republikanischen Schutzbundes, bei dem der Eindruck entsteht, selbst auf der Anklagebank zu sitzen. Preschitz war als gewaltbereiter Mensch bekannt, der in Ödenburg zur Zeit der Räterepublik 1919 eine zweifelhafte Rolle gespielt hatte.[79] Und genau in diesem Zusammenhang steht seine Zeugenbefragung. Auf die Feststellung des Vorsitzenden, dass die Angeklagten angegeben hätten, sich vor Preschitz zu fürchten, antwortete dieser: *„Herr Vorsitzender, ich habe diese Stunde mit Sehnsucht erwartet. Es werden unerhört viel Verleumdungen gegen meine Person ausgestreut. Ich erkläre hier feierlich, daß ich den Pfarrer von Nikitsch weder erschossen, noch Auftrag zu seiner Erschießung gegeben habe Hunderte können das bezeugen."* [80] Im Anschluss daran liest der Vorsitzende eine Zuschrift des Ödenburger Gerichtes über die Person des Preschitz vor, worin dessen Aussage bestätigt wird.

Der Vorsitzende behält sich aber in dieser Frage das letzte Wort vor und resümiert: *„Zeugen sagen, daß sie ein sehr gefürchteter Herr sind. Sie sollen einen solchen Ruf haben, daß man, wenn man den Namen Preschitz hört, sofort zu zittern anfängt."* [81]

Dr. Bleyer, Verteidiger von Hieronymus Tscharmann, wird noch deutlicher: *„Nun, Herr Zeuge Preschitz.....Wenn niemand es sagen darf, der Richter nicht und der Staatsanwalt nicht, daß sie der Urheber der Tragödie sind, ich sage es: Sie sind es, der das Blut, das geflossen ist, auf dem Gewissen hat, sie gehören statt der drei auf die Anklagebank!"* [82]

Das Hauptargument der Verteidigung beruhte auf der Beschuldigung gegenüber den Schutzbündlern die Zwischenfälle selbst provoziert zu haben. Gegen Preschitz wurde dabei in schärfster Form polemisiert.

„Der Freie Burgenländer" bringt auch einen ausführlichen Bericht über das Gutachten der Ärzte, das für Dr. Riehl, Verteidiger von Josef Tscharmann, genug Zweifel offen lässt, einen Antrag auf Exhumierung der Leiche Csmarits´ zu stellen: *„Immer mehr und mehr verdichtet sich die Gewißheit, daß der Csmarits von einem unglücklich abgegebenen Schutzbündlerschuß getötet wurde. Das todbringende Geschoß wurde n i c h t gefunden. Es wurde aber bei der Obduktion nicht festgestellt wo es eigentlich hinging.....Ich beantrage die Exhumierung der Leiche des Csmarits."* [83]

---

[79] vgl. Schlag, Landestopographie, S. 458

zit. nach FB, 17 Juli 1927, S. 1

zit. ebd. S. 1

zit. ebd. S. 2

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Dem Antrag wurde nicht stattgegeben. Diese Information weckt beim Leser aber Zweifel über den Tod des verunglückten Csmarits.
Abschließend bringt das Blatt Ausschnitte der Plädoyers der einzelnen Verteidiger. Zunächst einen Ausschnitt aus der Rede des öffentlichen Anklägers: *„Ich könnte mich sogar auf den Standpunkt stellen – ich teile ihn nicht – ich könnte ihn aber konzedieren, daß die anderen den Konflikt herbeigeführt haben. Aber ein Zuvorkommen gegenüber einem Angriff – und nur darum könnte es sich handeln – ist auf jeden Fall verboten. Aber nicht einmal als ein Zuvorkommen gegen den Angriff der anderen ist die Tat der Angeklagten zu qualifizieren. Ihr Verhalten ist mit den Worten zu charakterisieren: „Die Schutzbündler sind am Vormittag in unser Haus eingedrungen. Das lassen wir uns nicht gefallen.....Dafür nehmen wir Rache." Das aber gibt es nicht, nie und nirgends, in keinem Strafgesetzbuch der Welt."* [84]
Der Staatsanwalt versucht den Geschworenen den Unterschied zwischen moralischer und persönlicher Schuld darzulegen. Während er dem Schutzbund die moralische Schuld zugesteht, einen Gegenaufmarsch zum Frontkämpfertreffen organisiert zu haben, liege die strafrechtliche Schuld dennoch bei den drei Angeklagten.[85]
Dr. Riehl, der frühere Obmann der NSDAP und von den Sozialdemokraten als *„Hakenkreuzler"* bezeichnet, erörtert zunächst den politischen Hintergrund des Prozesses und bezeichnet dabei das Burgenland *„als uns von der Entente als eine Art Bosheitsgeschenk gegeben (wurde), weil man dadurch zwei aufeinander angewiesene Nationen, Deutsche und Magyaren, entzweien wollte."* [86] Bei Dr. Riehl fällt vor allem die suggestive Argumentationsweise gegenüber den Geschworenen auf:
„Im übrigen,.....mögen Sie eingedenk sein, daß Sie niemand, auch keiner Partei wegen Ihres Wahrspruches Rechenschaft schuldig sind, daß Sie auch nicht glauben mögen, die Majorität des Nationalrates werde für die Abschaffung der Geschworenen eintreten, wenn Sie die Angeklagten freisprechen und glauben Sie nicht, daß man nicht das Recht habe, sich zu wehren, wenn Haus und Hof in Gefahr sind. Wahren Sie Ihre Überzeugung, auch wenn Sie einer ganzen Welt von Feinden gegenüberstehen. Gewiß wird der ganze Zeitungschor,... einen Freispruch als Fehlurteil verschreien. Aber ich sehe, daß Sie aufrechte Männer sind, die sich einen Teufel um dieses Geschrei scheren. Und, wenn Sie unerschrocken Ihr „nicht schuldig" gesprochen haben, dann werden Sie sich ein unsterbliches Verdienst an unser Vaterland erworben haben, das Verdienst, endlich einmal gesagt zu haben, wer dieje-

[83] zit. ebd. S. 2
zit. ebd. S. 2
vgl. Portisch, S. 441
zit. nach FB, 17 Juli 1927, S. 2

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

nigen sind, die seit dem Umsturz immer und immer wieder den Frieden unserer Stadt, den Frieden unseres Staates stören." [87]
Dr. Bleyer stellt in seinem Plädoyer fest, *„daß die Schutzbündler der angreifende Teil gewesen sind, daß sie in „herrlicher, entwickelter Schwarmlinie vorangegangen sind, die Frontkämpfer, die sich in Verteidigungsstellung befanden, attackiert haben. Man dürfe nicht vergessen, daß den Schüssen Alarmschüsse vorangegangen sind, diese beweisen, daß ein böser Wille hier nicht gewaltet haben kann." Und weiter meint Dr. Bleyer, dass er überzeugt sei, „daß Csmarits nicht durch Schrot, sondern durch eine Kugel getötet wurde."* [88]
Dr. Foglar-Deinhardstein, Verteidiger von Johann Pinter, weist darauf hin: *„Bei Beurteilung der Frage, „Schuldig" oder „Nichtschuldig" ist vor allem und einzig jene Situation zu beurteilen, die sich im Kopf der Angeklagten abgespielt hat. Denn das Gesetz gibt Straffreiheit, wenn bei den Angeklagten ein wesentlicher Irrtum über die Tatumstände anzunehmen ist. Und deshalb muß der Glaube an das Gericht von der Tötung eines Frontkämpfers als Strafausschließungsgrund wirken.....die Frontkämpfer wußten, daß die Schutzbündler bewaffnet sind. Es ist hier versucht worden, dies in Abrede zu stellen. Aber in Österreich weiß jedes Kind, daß die Schutzbündler Waffen tragen.....Und die Angeklagten wußten das genau so gut wie jeder von uns."* [89]

Die „Oberwarther Sonntags-Zeitung"

Die „Oberwarther Sonntags-Zeitung" zeichnet sich in ihrem ersten Beitrag zum Prozess in der Ausgabe vom 10. Juli 1927 durch eine sehr bildhafte Darstellung aus auf dem Gerichtstisch befindet sich eine Plastik, die die Örtlichkeit rekonstruieren soll, daneben liegen die Gewehre, die die Angeklagten benutzt haben - die durch eine Reihe von Details unterstützt wird, die zwar weniger für den Prozess dafür aber für den Leser von Interesse sind. Beispielsweise der Hinweis, dass sich unter den 12 Geschworenen vor allem Männer des Bauernstandes - eine Frau befindet und auch zwei Ersatzgeschworene Frauen sind, weiters die Feststellung Josef Tscharmanns, dass es in Schattendorf nur wenige Streitereien zwischen Frontkämpfern und Schutzbündlern gegeben habe und dass die Zahl der Frontkämpfer in Schattendorf zirka 30, die der Schutzbündler ungefähr 70 Mann betrage.
Den Ablauf der Ereignisse des 30. Jänner erfährt der Leser durch die Zeugenaussage des Angeklagten Josef Tscharmann. Als Zeugen zitiert werden der Sodawasserfabrikant Johann Schuh, der angibt, von den ins Gasthaus

[87] zit. ebd. S. 5
zit. ebd. S. 5
zit. ebd. S. 5

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Tscharmann eindringenden Schutzbündlern die Drohungen gehört zu haben: *„Es darf keine Frontkämpfer geben! Die Frontkämpfer müssen vernichtet werden!"* [90]

Ähnliche Drohungen werden auch vom Zeugen Georg Guttmann genannt: *„Nieder mit den Hunden! Nieder mit den Mördern!"* [91] Dieser gibt darüber hinaus noch an, dass das Gasthaus Tscharmann von Schutzbündlern umzingelt worden wäre.

Sehr emotional beschreibt das Blatt anschließend die Zeugenaussagen der Marie Tscharmann, Mutter bzw. Schwiegermutter der Angeklagten: *„Unter allgemeiner Bewegung betritt...Marie Tscharmann, ein von Arbeit gebeugtes Mütterchen, mit Kopftuch und bäuerlicher Kleidung, den Gerichtssaal....Während ihrer Einvernahme weint ihr Schwiegersohn still vor sich hin, und auch ihre beiden Söhne wischen sich wiederholt die Tränen von den Augen."* [92]

Auf die Frage, ob sie Angst vor Preschitz hatte, antwortete Frau Tscharmann: *„Ja, er ist der Mörder vom Pfarrer. (Pfarrer Semeliker,, Anm. d. Verf.) Alle fürchten sich vor ihm."* [93] Schließlich gibt die Zeugin noch an, gesehen zu haben, wie Schutzbündler in den Hof hinein feuerten.

Auch der Vater, der Gastwirt Josef Tscharmann, der als *„ein intelligenter Mann, der die ganze Zeit über in militärischer Habt-Acht-Stellung an der Zeugenbarre steht"*,[94] beschrieben wird, wird zitiert. Auch er belastet Preschitz und behauptet einen Klingenbacher Schutzbündler rufen gehört zu haben: *„Kommts heraus, wenn`s euch trauts!"* [95] Dann habe dieser Schutzbündler einen Schuss in den Hof abgegeben.

Den ersten Eindruck, den der Leser durch diesen Artikel erhält, ist sicherlich ein Bild, das das Schattendorfer Ereignis als einen „Überfall" des Republikanischen Schutzbundes auf das Gashaus Tscharmann darstellt. Es werden viele verbale Provokationen zitiert und auch der Schutzbundführer Preschitz wird als gefürchteter Mann ins Spiel gebracht. Dagegen wird aber keine einzige Zeugenaussage eines Schutzbündlers abgedruckt.

Der zweite Bericht vom Schattendorfer Prozess, vom 17 Juli 1927, berichtet von einer sensationellen Wendung des Prozesses: *„Der Befund über die Leiche des erschossenen Schutzbündlers Csmarits erschien einem Teil der Geschworenen und der Verteidigung so lückenhaft, daß sich letztere genötigt sah, den Antrag auf Exhumierung und neuerliche Obduktion der Leiche*

---

[90] zit. nach OSZ, 10. Juli 1927, S.3

zit. ebd. S.3

zit. ebd. S.3

zit. ebd. S.3

zit. ebd. S.3

zit. ebd. S.3

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

zu stellen." [96] Für Dr. Riehl war die Frage, *„ob der tödliche Kopfschuß nicht aus einem kleinkalibrigen Revolver herrühren könnte"* [97] und somit von einem Schutzbündler stammen könnte - keinesfalls geklärt.
Die weitere Berichterstattung steht ganz im Zeichen der Anklage und widmet sich ausschließlich den Plädoyers des Staatsanwaltes und Dr. Reichards. Dabei fällt auf, dass beide das Verhalten einiger Schutzbündler als durchaus provokant bezeichnen, aber dadurch Schüsse noch keineswegs gerechtfertigt seien.
Der Staatsanwalt: *„Der Schutzbund mag provokant und angriffslustig gewesen sein, die Angeklagten mochten sich provoziert fühlen, ihre Nerven mochten aufgereizt gewesen sein. Sie hatten aber nicht das Recht, jemand mit voller Ladung anzuschießen."* [98]
Dr. Reichard stellt die Behauptung auf, dass die Steinwurfspuren am Gasthaus Tscharmann nachträglich künstlich gemacht worden wären, greift eine Reihe von Angeklagten bezüglich ihrer Aussagen an und spricht davon, dass *„wohlgezielte Schüsse abgegeben"* worden seien. Dr. Reichard schließt mit den Worten, *„daß die Öffentlichkeit auf eine Schuldspruch warte, und dieser Schuldspruch werde ein Prüfstein der Schwurgerichtsbarkeit sein."* [99]
Interessanterweise findet sich in der darauf folgenden „Oberwarther Sonntags-Zeitung", vom 24. Juli 1927, keine Reaktion auf das von den Geschworenen gefällte Urteil. Die Berichterstattung steigt unmittelbar in die Ereignisse von Wien ein.

Schlussbemerkung

Wie das Thema „Schattendorf" in der burgenländischen Presse behandelt wird, ist natürlich von der jeweiligen Intention und politischen Ausrichtung der verschiedenen Wochenblätter abhängig. Die umfangreichste Berichterstattung bietet erwartungsgemäß die „Burgenländische Freiheit", das Parteiorgan der Sozialdemokratischen Partei. Als Funktionärsblatt konzipiert, soll diese Zielgruppe sowohl über den Tathergang als auch über die Reaktionen wie Streikbewegungen und Kundgebungen sowie über die Begräbnisse und die Behandlung des Themas Schattendorfs im Landtag und Nationalrat genauestens informiert werden. Dem Prozessverlauf wird weniger Aufmerksamkeit gewidmet. Das Urteil bleibt unverstanden und wird als Politikum eingereiht in eine Serie von Anschlägen auf die sozialdemokratische Arbeiterschaft.

---

[96] zit. nach OSZ, 17 Juli 1927, S. 3
zit. ebd. S.3
zit. ebd. S.3
zit. ebd. S.3

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Die Diktion der „Burgenländischen Freiheit" ist oft kämpferisch, teilweise sogar aggressiv und emotional. Parallel zur brachialen Gewalt, die den politischen Alltag der Ersten Republik bestimmte, findet man verbale Gewalt in den Medien.[100]

Im Gegensatz zum sozialdemokratischen Parteiorgan wird dem Thema „Schattendorf" in der „Burgenländischen Heimat", dem Sprachrohr der Christlichsozialen Partei, bei weitem weniger Aufmerksamkeit gewidmet. Der Grund hierfür liegt vielleicht in der Absicht begründet, sich vom Vorfall selbst wie auch von der Frontkämpferbewegung zu distanzieren. Dafür spräche auch der moderate Ton, der erst nach den Ereignissen in Wien in eine verbale Schlammschlacht umschwenkt.

Der „Freie Burgenländer" berichtet über die Schattendorfer Ereignisse zwar neutral, handelt sich aber Angriffe sowohl von der „Burgenländischen Freiheit" als auch von der „Burgenländischen Heimat" ein, als er die Auflösung der Frontkämpfervereinigung und des Republikanischen Schutzbundes fordert. Die überaus umfangreiche Berichterstattung zum Prozessverlauf zeigt aber deutliche Sympathie für die Frontkämpfer.

Die „Oberwarther Sonntags-Zeitung" zeichnet sich durch eine neutrale aber teilweise unvollständige Berichterstattung aus, die den Schluss zulässt, dass das Interesse an politischen Ereignissen im nördlichen Landesteil nicht im Vordergrund ihrer Berichterstattung steht.

Gemeinsam ist den beiden Parteiorganen für die jeweils eigene Seite unangenehme Details zu verschweigen, das eigene Verhalten als richtig darzustellen und somit die Schuld beim anderen zu suchen. Abgesehen davon findet keine Reflexion über die eigene Mitverantwortlichkeit am politischen Klima der Ersten Republik statt. [101]

Gemeinsam ist allen vier Wochenblättern, dass mit Namensbezeichnungen und Altersangaben nicht besonders sorgfältig umgegangen wird. Die Altersangaben von Matthias Csmarits divergieren zwischen 34 und 40 Jahren, jene des Josef Grössing zwischen 6 und 8 Jahren - eine Berichtigung soll an dieser Stelle erfolgen: Im Totenschein des Matthias Csmarits wird vermerkt, dass er am 30. Jänner gegen 16 Uhr im Alter von 36 Jahren verstorben ist. Der kleine Josef Grössing wäre am 12. Feber - einem späteren schicksalsträchtigen Tag für die österreichische Arbeiterschaft - sieben Jahre alt geworden.

Objektiv betrachtet, war „Schattendorf" eine „Verkettung von unglücklichen Umständen".[102] Beide Seiten sowohl der Republikanische Schutzbund, mit Preschitz an der Spitze, als auch die Frontkämpfer wollten keine Eskalation der Situation wie sie schließlich geschah und wollten sicherlich auch keine Toten.

---

[100] vgl. Schiller, S. 520
vgl. ebd. S. 519
zit. nach Schlag aus einem Gespräch vom 21. 11. 2001

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Die Entscheidung von Preschitz, Schutzbundtruppen der umliegenden Dörfer zusammenzuziehen, war nicht unumstritten. So lehnte es beispielsweise die Siegendorfer Schutzbundtruppe mit dem Hinweis einer möglichen Auseinandersetzung ab, mitzumarschieren. Darüber hinaus war anzunehmen, dass dieser Aufmarsch kaum von der Parteileitung goutiert werden würde.[103] Dass die Frontkämpfer zu Schusswaffen griffen, war ein Zusammenspiel von mehreren Faktoren: einerseits von Wut und Aggression über die gesprengte Versammlung, andererseits reagierten sie aus Angst und Panik vor der Übermacht des Gegners. Wenn auch die Sozialdemokraten stets von „Mord" sprachen, kann ein gezieltes Schießen mit Tötungsabsicht doch eher ausgeschlossen werden, da es in diesem Fall wahrscheinlich mehr Tote gegeben hätte. Speziell der Begriff „Arbeitermörder", der vielfach in der Wiener Presse zitiert wird, ist in zweifacher Hinsicht nicht zulässig. Zum einem da es sich nicht um Mord und zum zweiten bei den Opfern nicht um Arbeiter sondern um einen Kriegsinvaliden und ein Kind handelte.

Gedanken zu Schattendorf

„Es gibt keine objektive Erinnerung. Man kann sich nur an etwas erinnern, wenn man dem Erlebten eine Bedeutung zumißt."
(Bertaux/Bertaux/Wiame) [104]

Beschäftigt man sich heute mit dem Thema „Schattendorf", darf man nicht vergessen, die Thematik im historischen Kontext ihrer Zeit zu sehen. Die politische Kultur, die Sprache der Medien waren eine andere, Wirtshausraufereien - speziell bei Unterhaltungen - waren eine keineswegs unübliche Art und Weise der Kommunikation bzw. der Konfliktbewältigung. Eine Tatsache, die noch nicht bedenklich ist. Bedenklich und schließlich explosiv war aber der Umstand, dass diese Zeit wie es die Zeitzeugin Anna Grafl, geboren 1911 in Schattendorf formuliert, geprägt war von ungeheurem Parteienhass. Hinzu kam, wie Frau Grafl weiter erzählt, dass die 20er Jahre wirtschaftlich sehr schlecht waren. Es gab sehr viele Arbeitslose in Schattendorf. Die wenigen, die eine Beschäftigung gehabt haben, waren in erster Linie Eisenbahner. Als Kind einer sehr armen Familie war Frau Grafl bereits früh damit konfrontiert, den Lebensunterhalt mitzubestreiten: man ist alles Mögliche sammeln gegangen wie beispielsweise Schwammerln, Maulbeeren

[103] zit. nach ebd.
zit. in Deinhofer, S. 42

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

oder Maiglöckchen - um es dann zu verkaufen.
Der Sonntagnachmittag des 30. Jänner 1927 begann für Frau Grafl nicht ungewöhnlich: ein Sonntagsspaziergang mit einer Freundin entlang der Hauptstraße, um etwas „zu sehen", um ein bisschen zu tratschen. Ein Schutzbundaufmarsch bot eine willkommene Abwechslung im ansonsten ruhigen Schattendorf. Als die Schüsse fielen, so erinnert sich Frau Grafl, wollte sie zurück zum Gasthaus Tscharmann gehen, um zu sehen, was passiert war, aber schon war die Rede davon, dass jemand erschossen worden sei und die Schaulustigen stoben auseinander. Frau Grafl erinnert sich noch sehr gut daran, wie der Vater des toten Jungen den Leichnam nach Hause trug. In der Hand hielt das Kind noch ein Stück Strudel, dass er sich wenige Minuten vor seinem Tod von zu Hause geholt hatte. Und Frau Grafl fügt hinzu: „Wissen Sie, so ein Germstrudel, das war damals schon etwas Besonderes." [105]
An den Tag des Begräbnisses erinnert sich Frau Grafl sofort mit den Worten „Alle Räder standen still" und spricht damit den in ganz Österreich durchgeführten 15 Minuten dauernden Generalstreik an. An diesem Tag kamen Tausende Menschen nach Schattendorf. „Es war kein geordneter Zug in Richtung Friedhof. Wo man hinblickte, sah man nur Menschen, Menschen. Alle Gassen waren voll. Nicht nur Männer waren da, sondern auch Frauen und Kinder. Sogar am nächsten Tag sind noch Leute zum Grab gepilgert." [106]
Nach dem Schattendorfer Ereignis, fährt Frau Grafl fort, hat sich die politische Lage in Schattendorf verschärft. Man hütete sich davor, das Gasthaus - das Vereinslokal - des politischen Gegners zu betreten. Veranstaltungen und Feste der Frontkämpfer wurden von Schutzbündlern künftig mit verbalen Attacken wie beispielsweise „Nieder mit den Kindermördern" zu stören versucht.
Aber auch in Liedern fand das Schattendorfer Ereignis seinen Niederschlag und Frau Grafl zitiert:
„Es war im Jänner Nachmittag, da haben`s den Csmarits umgebracht.
Er war ein Kämpfer für das Volk, die Freiheit war ihm pures, wahres Gold....
Er hat vergossen Arbeiterblut - wir schwören Rache Euch und Eurer Brut." [107]

Da Lebenserinnerungen immer subjektive Erinnerungen sind und wie es Traude Horvath sehr bezeichnend formulierte - *„der Versuch (sind), die Vergangenheit mit dem Wissen über den Verlauf der Ereignisse zu rekonstruieren"*, [108] kann ein Ereignis durchaus aus verschiedenen Blickwinkeln, jeweils geprägt durch individuelle Erfahrungen und Anschauungen, interpretiert

[105] zit. nach Frau Grafl aus einem Gespräch vom 28. 11. 2001
zit. nach ebd.
zit. nach ebd.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

werden. Daher ist es auch nicht weiter erstaunlich, dass die Familie der Angeklagten die Ereignisse - nicht zuletzt unter dem Blickwinkel des Freispruchs - anders sieht.
Maria Tscharmann, Ehefrau des Angeklagten Josef Tscharmann erinnert sich in einer Aufzeichnung:
„Bei uns im Gasthaus sammelten sich die Gäste wie jeden Sonntag. Auf einmal riefen die Buben auf der Gasse: Sie kommen schon! Ich lief hinaus und blieb auf der Gasse stehen, ich wußte ja nicht, wer kommt, glaubte aber, die Frontkämpfer seien es. Auf einmal, wie sie zwei Häuser von uns entfernt waren, kommandierte Preschitz: Rechts gschaut!....Wir sahen, daß die Schattendorfer Schutzbündler an der Spitze des Zuges marschierten, dann die Fremden. Da ertönte der Ruf: Sturm auf! und schon ging die Schießerei los. Wir Frauen liefen in das Haus, bei dem wir standen,.....Der Smarits, der erschossen wurde, lief knapp unter unser Fenster und schoß auf das Fenstersims, und seine Genossen haben ihn von hinten erschossen. Das bezeugte später der Kopfeinschuß, Ausschuß war keiner vorhanden, die Kugel blieb im Kopf. Unser Kronzeuge, der alles sah, Jakob Pinter, der Onkel vom Größing Buben, der bei der Schießerei getötet wurde, bezeugte, daß die Schutzbündler geschossen hatten. Sie hatten Kugelstutzen, die sie aber später ableugneten. Im Gasthaus hatte man nur Jagdgewehre, weil der Schwiegervater schon zwanzig Jahre die Jagd hatte. Mein Mann und andere hatten in Notwehr Schüsse abgegeben. Wenn sie hätten Menschen treffen wollen, wäre ihnen dies leicht gewesen, aber das wollten sie nicht. Der Unglücksfall des Kindes stammte von keinem Schuß, sondern war ein Geller, da die Schrotkörner von einem Stein abprallten und unglücklicherweise das Herz des Kindes trafen. Nachher haben sich alle Menschen verlaufen und niemand wollte dabei gewesen sein. Für uns und meine Angehörigen war es ein schrecklicher Tag, der politische Haß hat die ganze Sache heraufbeschworen.....
Jetzt will ich noch vom Begräbnis am 2. Feber 1927 erzählen.....Da kam ein Trupp Eisenbahner zum Begräbnis. Sie hatten Hunger, die Gasthäuser waren aber nicht vorbereitet, so gingen sie in die Häuser und baten um Essen. Die Bauern haben ihnen Speck und Brot gegeben, leider bekamen nicht alle etwas.....Dann begann das Begräbnis, es gab Menschen über Menschen. Nach dem Schattendorfer Begräbnis gingen die vielen Menschen geschlossen nach Klingenbach, aber es waren nicht mehr so viele wie früher. Viele Männer und Burschen spazierten mit den Schattendorfer Mädchen im Dorf auf und ab, bis die Züge wieder die Leute fortbrachten. Für uns Frauen war es ein schrecklicher Tag!“ [109]

Die „Schüsse von Schattendorf“, die den burgenländischen Grenzort zu

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Beginn des Jahres 1927 für kurze Zeit ins Rampenlicht der Öffentlichkeit stellten, sind heute kaum mehr Gesprächsstoff in Schattendorf. Das Thema wird vermieden, wird in der Gemeinde offiziell nicht behandelt.[110] Gelegentliche auswärtige Exkursionen zum Grab des Josef Grössing werden eher als lästig empfunden, man will das Thema nicht immer und immer wieder neu aufrollen.
Der Parteienhass von damals ist überwunden und ist konstruktiver Zusammenarbeit zwischen den Parteien gewichen.
An die Zeit von damals erinnern vor allem Erzählungen, die von Generation zu Generation weitergegeben werden, das Grab des Josef Grössing mit einer Gedenktafel *„zur immerwährenden Mahnung an die Nachwelt für Menschlichkeit und Toleranz"* und vor allem aber die Erkenntnis *„politische Auseinandersetzungen nicht mit den Waffen der Gewalt, sondern mit geistigen Waffen auszutragen."*

Literaturverzeichnis

Ute BAUER: Der Zusammenstoß von Schattendorf, in: Burgenländische Heimatblätter, 62. Jahrgang, Eisenstadt 2000, Heft 1 und 2, S. 93 - 106

Viktor BAUER: Die deutschsprachige Presse des Burgenlandes von der Konstituierung des Landes als selbständiges Bundesland bis zum Abschluß des Staatsvertrages, Diss., Wien 1977

Gerhard BOTZ: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918-1934, München 1934

Elisabeth DEINHOFER/ Traude HORVATH (Hrsg.): Grenzfall Burgenland 1921-1991, Eisenstadt 1991

August ERNST: Geschichte des Burgenlandes, Wien 1987

Winfried R. GARSCHA/ Barry Mc LOUGLIN: Wien 1927 Menetekel für die Republik, Berlin 1987

Ulrike HARMAT: Abschied von Ungarn. Das Burgenland nach dem Anschluß, in: Elisabeth Deinhofer/ Traude Horvath (Hrsg.): Grenzfall Burgenland 1921-1991, Eisenstadt 1991, S. 65 – 99

[109] zit. aus einer persönlichen Niederschrift von Maria Tscharmann
aus einem Gespräch mit Bürgermeister Grafl aus Schattendorf vom 27 11. 2001

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Traude HORVATH: Die Interviews, in: Elisabeth Deinhofer/ Traude Horvath (Hrsg.): Grenzfall Burgenland 1921-1991, Eisenstadt 1991, S. 42 - 45

Hugo PORTISCH: Österreich I. Die unterschätzte Republik. Band 1, München 1994

Isabella SCHILLER: Der „Schattendorfer Prozeß" von 1927 im Spiegel der Salzburger Zeitungen, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, 138. Vereinsjahr, Salzburg 1998, S. 505 - 521

Gerald SCHLAG: Anschluß und 1. Republik Die Kriegsereignisse 1945, Sonderdruck aus: Allgemeine Landestopographie des Burgenlandes III, Eisenstadt 1981

Gerald SCHLAG: Um Freiheit und Brot. Die Arbeiterbewegung von ihren Anfängen im Westungarischen Raum bis zu ihrer Verbannung in die Illegalität, in: Fred Sinowatz/ Gerald Schlag/ Walter Feymann: Aufbruch an der Grenze. Die Arbeiterbewegung von ihren Anfängen im westungarischen Raum bis zum 100-Jahre-Jubiläum der Sozialistischen Partei Österreichs, Wr. Neustadt 1989

Gerald SCHLAG: Aus Trümmern geboren...Burgenland 1918-1921, Eisenstadt 2001

Maria TSCHARMANN: Die Wahrheit über Schattendorf: Die Ereignisse am 30. Jänner 1927, Eine persönliche Niederschrift, ohne Jahresangabe

Zeitungen:

Die Burgenländische Freiheit (BF):
Faschistische Versuche im Burgenland, 21. Mai 1926, S. 1
Das Schutzbundtreffen in Schattendorf, 10. September 1926, S. 1
Der Meuchelmord von Schattendorf, 4. Feber 1927, S. 1
Die Bluttat, 4. Feber 1927, S. 1f.
Wie der Mord geschah, 4. Feber 1927, S. 2
Das ganze Burgenland ist auf! 4. Feber 1927, S. 2f.
Abrechnung mit der Frontkämpferei im Nationalrat, 4. Feber 1927, S. 3f.
Die österreichische Arbeiterschaft ehrt die Opfer von Schattendorf, 11. Feber 1927, S. 1f.
Der burgenländische Landtag, 18. Feber 1927, S. 1f.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Schattendorf, 8. Juli 1927, S. 1
Schattendorf, 15. Juli 1927, S. 1
Schattendorf, 27 Juli 1927, S. 1

Die Burgenländische Heimat (BH):
Ein blutiger Sonntag in Schattendorf, 4. Feber 1927, S. 4
Landtag, 11. Feber 1927, S. 1
Die Vorfälle zu Schattendorf im Nationalrat, 11. Feber 1927, S. 1f.
Der Prozeß über die Schattendorfer Vorfälle, 8. Juli 1927, S. 3

Der Freie Burgenländer (FB):
Ein blutiger Sonntag im Burgenland, 6. Feber 1927, S. 1
Schattendorf, 6. Feber 1927, S. 1f.
Schattendorf im burgenländischen Landtag, 13. Feber 1927, S. 1
Nochmals Schattendorf, 13. Feber 1927, S. 1
Der Fall von Schattendorf, 19. Juni 1927, S. 3
Die Schattendorfer Vorfälle vor dem Schwurgericht, 10. Juli 1927, S. 1f.
Die Schattendorfer Vorfälle vor dem Schwurgericht, 17 Juli 1927, S. 1ff.
Der marxistische Aufstand in Wien niedergeschlagen, 24. Juli 1927, S. 1f.
Schattendorf, 24. Juli 1927, S. 2

Oberwarther Sonntags-Zeitung (OSZ):
Ein blutiger Sonntag, 6. Feber 1927, S. 3
Großkampftag im Parlament, 13. Feber 1927, S. 2
Vom burgenländischen Landtag, 13. Feber 1927 S. 4f.
Der Prozeß über die Schattendorfer Vorfälle, 10. Juli 1927, S. 2f.
Der Schattendorfer Prozeß, 17 Juli 1927, S. 3

Gespräche wurden geführt mit:
Frau Josefa TRIMMEL-TSCHARMANN aus Schattendorf am 20. 11. 2001
WHR. Dr. Gerald SCHLAG am 21. 11. 2001
Bürgermeister Alfred GRAFL aus Schattendorf am 27 11. 2001
Frau Anna GRAFL (geb. 1911) aus Schattendorf am 28. 11. 2001

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Burgenländische Heimatblätter

Jahr/Year: 2003

Band/Volume: 65

Autor(en)/Author(s): Bayer Pia

Artikel/Article: Die Schüsse von Schattendorf 1927 im Spiegelbild der burgenländischen Presse 116-160